NR. 204 / Sept. 2008 / FR. 8.00

ROTE ANNELIESE

Solarenergie: Wo bleibt die Wirtschaftsförderung? › 10

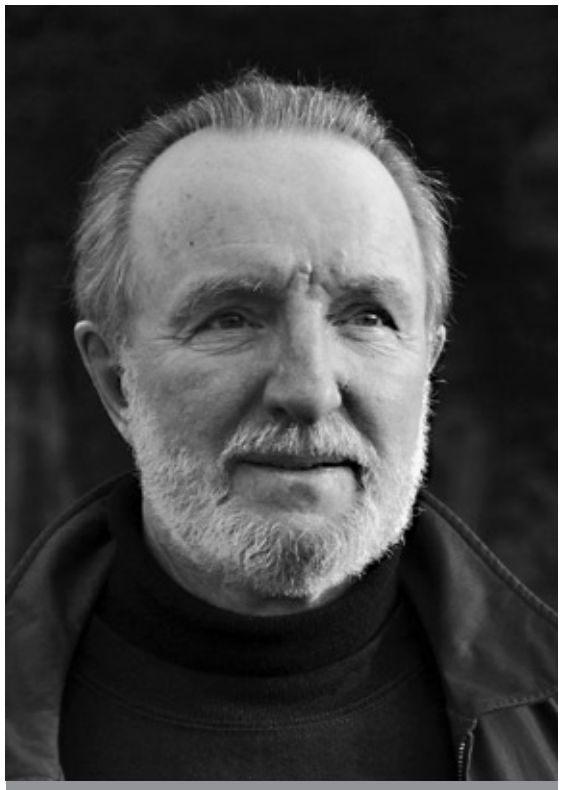
Goms: Mit Öko-Geldern gegen die Bergbäche › 12

Randa: Zermatt lief Sturm gegen August-Redner › 20

Lauchernalp-Bahnen

Lötschentaler Machenschaften

SEITEN › 4–7



Hannes Wader:
Geschichte(n) von unten

SEITE › 16

Krach in Münster:

Der politische Murgang spaltet die Bevölkerung

SEITE › 8

Stromhandel:

EWBN kassiert Öko-gelder aus England

SEITE › 13

EDITORIAL

SPO im Staatsrat: Eine schwere Hypothek!

1997 erreichte die SPO das Gipfelkreuz. Peter Bodenmann wurde in den Staatsrat gewählt. Nach einer zweijährigen Höhenwanderung stürzte der Bergführer in die Tiefe und riss die Seilschaft gleich mit. Bodenmann trat auf den 31. März 1999 zurück. Er wollte den WalliserInnen nicht nur in der Politik den Marsch blasen, sondern auch als Bauherr. Zwei Hochzeiten waren selbst für den schnellen Brüter zu viel. Drei Jahre später nahm er aus den Händen von Staatsrat Jean-René Fournier das Wirtepatent entgegen.

Mit dem Rücktritt Bodenmanns verlor die SPO massiv an Glaubwürdigkeit und Gefolgschaft. Die Enttäuschung unter den treuen SPO-WählerInnen und den schwarzen und gelben WechselwählerInnen war immens. Bodenmanns Nachfolger Thomas Burgener trat in Sitten ein schweres Erbe an. Zwei schwarz-gelbe Altlasten warteten auf eine Lösung: Die Sanierung der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) und die Reorganisation der Spitäler.

Die Sanierung der WEG brachte Burgener erfolgreich über die Bühne, ohne dass die SPO dafür einen Blumentopf gewann. Die Fusion der Spitäler von Brig und Visp hingegen wurde zur schweren Hypothek für die SPO. Zwar zirkelte Burgener die Spitalvorlage taktisch geschickt durch den Grossen Rat, in dem er eine bürgerlich besetzte Kommission vorschickte und auch im Verwaltungsrat des Gesundheitsnetzes waren die gelben und schwarzen Sitze reserviert. Die Gelben und Schwarzen kochten nach wie vor die Suppe, welche sie mit dem Bau zweier Spitäler in Brig und Visp vor Jahrzehnten eingebrockt hatten. Um die Vorlage durchzubringen und um nicht den politischen Harakiri zu riskieren, musste Burgener die Spitalfelle an die notorischen Streithähne in Brig und in Visp verteilen. Statt ein Spital an einem einzigen Standort durchzuziehen, wurde er zum nützlichen Mediator der gelb-schwarzen Partikulärinteressen von Brig und Visp.

SPO-Staatsrat Burgener wurde für die Folgen der Spitalfusion politisch verantwortlich gemacht und mit ihm die SPO. Als sich die unzufriedenen PatientInnen und Spitalangestellten mehrten, gingen die schwarz-gelben Strippenzieher in Deckung oder legten sich quer, ohne die politische Verantwortung zu übernehmen. Die SPO wurde zum Prügelknaben für das Problem der Schwarzen und Gelben und verlor weiter an Rückhalt bei der Wählerschaft.

Auch für die RA war das SPO-Staatsrats-Abenteuer eine schwierige Gratwanderung. Als die anderen Oberwalliser Medien die haarsträubenden Vorfälle im Spital in Visp totschwiegen, musste ausgerechnet die RA Klartext reden.

Kurt Marti

IMPRESSUM

ROTE ANNELIESE
Jugendabo: Fr. 25.–
Jahresabo: Fr. 50.–
Unterstützungsabo: 80.–
PC 19-8382-6

REDAKTOR
Kurt Marti (ktm)

FREIE MITARBEITERINNEN
Hilar Eggel
Susanne Hugo-Lötscher
Renata Werlen

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

INHALT

Walliser Kantonalbank: Riskante Kredite SEITE › 3

Lauchernalp: Kampf gegen Machenschaften SEITE › 4

Münster: Der politische Murgang SEITE › 8

Solar-Boom: Kanton Wallis will endlich handeln SEITE › 10

Öko-Gelder: Frontal gegen die Bergbäche SEITE › 12

EWBN: Ökogelder aus England SEITE › 13

Philo Aktuell: CERN-Physiker auf dem Holzweg SEITE › 14

Bratsch: Almosen von den Rot-Grünen SEITE › 15

Hannes Wader: Geschichte(n) von unten singen SEITE › 16

Zermatt Tourismus: Maulkorb für 1. August-Redner SEITE › 20

Walliser Kantonalbank: Kritik durch das Rating der Bank Vontobel

Riskante Kredite

WALLIS – Die Walliser Kantonalbank (WKB) veröffentlichte ein ausgezeichnetes Halbjahresergebnis 2008 und vermittelte lauter Sonnenschein. Schlecht in dieses Bild passen die Resultate des Kantonalbank-Ratings durch die Bank Vontobel. Im Vergleich zu den anderen Kantonalbanken kommt die WKB in Bezug auf die Sicherheit der Kredite gar nicht gut weg.

VON KURT MARTI

Das Vontobel-Rating lobt zwar die verbesserte Effizienz und Profitabilität der WKB, aber bei den Schwächen werden ein hoher Aufwand für Ausfallrisiken genannt, ein hoher Anteil gefährdeter Forderungen und Blankokredite sowie die ungenügende Transparenz im Risikomanagement.
Bei den gefährdeten Forderungen liegt die WKB in der Rangliste hinter den Krisenbanken in Genf und dem Tessin *(siehe Grafik)* auf Platz drei. 23 Prozent der Forderungen, also fast ein Viertel, sind gefährdet. Der Durchschnitt aller Kantonalbanken liegt bei rund 13 Prozent. Bei den Forderungen ohne Deckungen liegt die WKB sogar an der Spitze aller Kantonalbanken, und zwar mit fast 16 Prozent aller Ausleihungen.
Laut Vontobel-Studie ist es auffallend, dass jene Kantonalbanken mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an gefährdeten Forderungen auch einen hohen Anteil an Blankokrediten aufweisen. Allen voran die WKB.

Blankokredite an Gemeinden und den Energiesektor

WKB-Mediensprecher Jean-Yves Pannatier führt in seiner Stellungnahme den hohen Betrag an gefährdeten Forderung auf *«das systematische und rigorose Vorgehen der WKB»* zurück. Das ehrt die WKB-Verantwortlichen, ändert aber an der Tatsache der gefährdeten Forderungen noch nichts.
Den hohen Anteil an Blankokrediten begründet Pannatier mit den Krediten an die öffentlich-rechtlichen Körperschaften (z. B. die Gemeinden) und an die Gesellschaften im Energiesektor. Und er folgert: *«Diese Blankokredite an die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und die Gesellschaften im Energiesektor sind als erstklassig zu betrachten. Demzufolge ist der hohe Anteil an Blankokrediten im Falle der WKB auch nicht als negativ zu bewerten.»*
Die Vergangenheit im Wallis allerdings lehrt, dass sich die Rückzahlungsfähigkeit sehr schnell ändern kann, insbesondere im Bereich der Investitionen in touristische Anlagen.
Auch der Energiesektor ist periodisch von Berg- und Talfahrten betroffen. Man erinnere sich nur an die finanziellen Probleme der Walliser Elekrizitätsgesellschaft (WEG) und die heisse Diskussion um die nicht-amortisierbaren Investitionen (NAI) vor zehn Jahren.

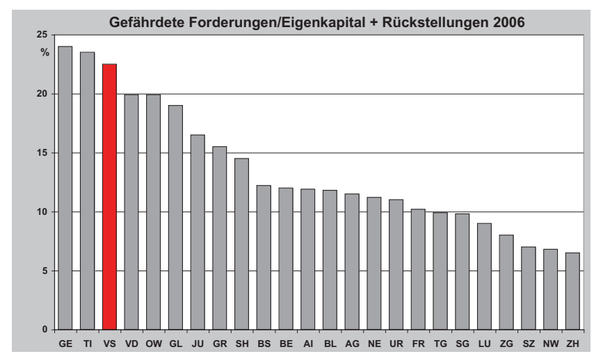
Ungenügende Transparenz im Risikomanagement

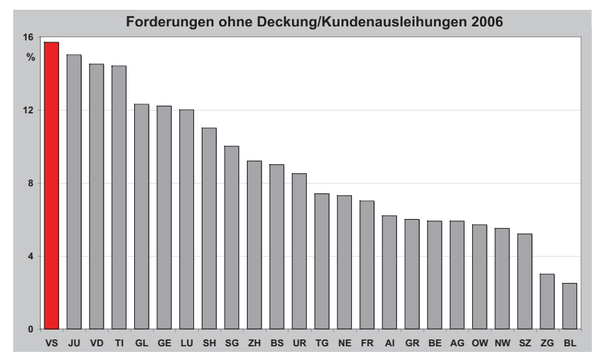
Auch den Vontobel-Vorwurf der ungenügenden Transparenz im Risikomanagement weist Pannatier zurück, denn ein effizientes Risikomanagement sei für die WKB *«ein Erfolgsfaktor und hat in den vergangenen Jahren erheblich zu den guten Resultaten beigetragen.»* Es handle sich hier *«eher um eine subjektive Wertung von Vontobel»*, zumal noch 15 andere Kantonalbanken so qualifiziert worden seien.

WKB-Mediensprecher Jean-Yves Pannatier:
«Eine eher subjektive Wertung von Vontobel»

Josef Blatter spricht Klartext: SVPO sollte ein Beispiel nehmen!

In der letzten RA standen die horrenden Löhne der WKB-Direktoren und der WKB-Verwaltungsräte am Pranger. Auch im Volk sorgte diese Abzockerei für Empörung. Von den Parteien nahm die Kritik nur die SPO auf, welche schrieb: *«Die WKB läuft schon wieder aus dem Ruder»* und eine Überprüfung der Bezüge durch den Grossen Rat verlangte. Die CVPO, die CSPO und die FDPO blieben stumm, was nicht weiter erstaunte. Aber dass die SVPO als selbst deklarierte Oppositionspartei dazu geschwiegen hat, müsste die SVPO-WählerInnen aufschrecken: Noch immer wissen sie nicht sicher, ob sich die SVPO nun mit Blocher-Milliardären verbrüdert oder für die Anliegen der kleinen Leute eintritt. Die SVPO sollte sich ein Beispiel am WB-Kolumnisten Josef Blatter nehmen, welcher eine geharnischte WB-Kolumne mit dem Titel *«Bitte, mehr Mass»* schrieb und sich dabei auf die Zahlen der *Roten Anneliese* abstützte.





Quelle: Vontobel

Vor dem Jahr 1986: Der schmale, holprige Weg konnte mit Personenwagen nicht befahren werden.

Sommer 2008: Die Strasse kann problemlos mit Personenwagen und Off-Roadern befahren werden.

Sommer 2008: Die illegale Strasse führt auf den Platz der LWL-Sesselbahn. Der LWL-Offroader im Bild benutzte die Strasse trotz Fahrverbot.

Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp AG (LWL): Seit 22 Jahren führt eine illegale LWL-Baustrasse mitten durch das private Grundstück der Familie Guldenfels auf der Lauchernalp, ohne dass die Gemeinde und der Kanton den rechtmässigen Zustand wiederherstellen lassen. Im Gegenteil!

Ein auswärtiger Hütteneigentümer kämpft gegen die Lötschentaler Machenschaften

LAUCHERNALP – Vor 22 Jahren baute die Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp AG (LWL) auf der Lauchernalp eine Seilbahn, zu der eine Baustrasse über das private Grundstück der Familie Guldenfels aus dem Bernbiet erstellt wurde. Seither kämpft Rolf Guldenfels für die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes, und zwar gegen die LWL, die Gemeinde Wiler, die Kantonale Baukommission (KBK), das kantonale Baudepartement und den Walliser Staatsrat. Jetzt sieht er sich gezwungen, gerichtlich gegen die Machenschaften vorgehen.

VON KURT MARTI

Es ist ein prächtiger Sommertag auf der Lauchernalp. Die vierköpfige Familie Guldenfels hätte gerne südlich vor ihrer sanft renovierten Alphütte einen Tisch und ein paar Stühle auf den Platz gestellt, die herrliche Sonne genossen und ihre Kinder fröhlich spielen lassen. Stattdessen fahren durch ihr privates Grundstück die Offroader der LWL-Arbeiter, die Personenwagen heimkehrender Berggänger und bequeme Automobilisten auf der Suche nach einem Park- oder Wendeplatz. Statt Ruhe und Erholung Staub und Lärm für die Familie Guldenfels, welche bewusst ohne Auto ein paar Tage auf der Lauchernalp verbringt. Man kann es kaum glauben, aber die Strasse durch das Grundstück der Familie Guldenfels führt hier seit 22 Jahren vorüber und sie ist illegal.

Baufirma Marti AG versprach den Rückbau der Baustrasse

Die Geschichte begann im Jahre 1982, als Rolf Guldenfels die Alphütte auf der Lauchernalp erwarb. Die Alphütte steht in einer als *«Stafel»* bezeichneten Reihe von Hütten und Ställen, welche damals bloss durch einen schmalen, holprigen Weg zugänglich waren, der nicht mit Personenwagen befahren werden konnte *(siehe Foto)*. Im Jahre 1986 wurde die Sesselbahn Lauchernalp-Gandegg (heutige Bezeichnung: Stafel-Gandegg) gebaut. Der Bund erteilte der LWL die Konzession mit der ausdrücklichen Vorschrift: *«Für den Bau der Bahn dürfen keine Fahrstrassen erstellt werden»*. Trotzdem gelangte die beauftragte Bauunternehmung Marti AG aus Frutigen mit dem Begehren an die Hütteneigentümer im Stafel, den bisherigen Weg zu einer temporären Baustrasse auszubauen. Guldenfels und die übrigen Hütteneigentümer willigten unter der Bedingung ein, dass die Baustrasse nach Abschluss der Bauarbeiten wieder in den ursprünglichen, legalen Zustand versetzt werde. Die Marti AG sicherte zu: *«Die unterzeichnete Firma wird nach Beendigung der Arbeiten den gewesenen Zustand wieder herstellen»*.

Für die Baustrasse, welche teilweise innerhalb und teilweise ausserhalb der Bauzone liegt, wurde nie ein Baubewilligungsverfahren durchgeführt. Um die Strasse mit schweren Lastwagen befahrbar zu machen, wurden die Mistgruben vor den Hütten aufgefüllt, die Aussentoiletten entfernt und der schmale Weg mittels Aufschüttungen massiv verbreitert. Als die Sesselbahn gebaut war, zog die Firma Marti AG die Baumaschinen ab, ohne die Baustrasse zurückgebaut zu haben. Stattdessen wurde die Baustrasse fortan als Zufahrtsstrasse zur Sesselbahnstation genutzt. Obwohl Guldenfels wiederholt intervenierte, zeigte weder die Baufirma noch die LWL Anzeichen, um der Vereinbarung und der Konzessionsauflage des Bundes nachzukommen. Auch die Gemeinde Wiler unternahm nichts, um den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen und folglich die illegale Strasse zu beseitigen.

Kanton und Gemeinde akzeptierten die Illegalität der Strasse

Im Jahre 1992 rief Guldenfels den Kanton zu Hilfe, genauer gesagt KBK-Chef Josef Zimmermann. Dieser liess seinen Sekretär Bruno Eyer einen höflichen Brief an die Gemeinde Wiler schreiben, worauf der damalige Gemeindepräsident und damalige wie heutige LWL-Verwaltungsrat Alfons Lehner antwortete, es handle sich im Falle der illegalen Baustrasse um eine *«rein privatrechtliche Angelegenheit»* und die Gemeinde habe dabei *«nichts mehr zu verfügen»*. Gemeindepräsident Lehner gefiel sich in der Rolle des blossen *«Nebenvermittlers»*. Die KBK leitete Lehners Stellungnahme an Guldenfels weiter und betrachtete *«die Angelegenheit somit als erledigt»*. Sowohl die Gemeinde als auch der Kanton akzeptierten damit die Illegalität der Strasse. Und die Familie Guldenfels hatte fortan mit der widerrechtlichen Strasse und dem Lärm, Staub und Gestank des Durchgangsverkehrs zu leben.

Als die LWL im Jahr 2000 das Projekt der Gondelbahn Gandegg-Hockenhorngrat auflegte und für deren Bau die illegale Baustrasse zu benutzen plante, ergriff Guldenfels die Gelegenheit, um die Herstellung des gesetzmässigen Zustandes zu verlangen. Er sprach gegen das Baugesuch ein, worauf es zu einer Aussprache mit den LWL-Verantwortlichen kam. Erneut war Guldenfels bereit, der LWL entgegenzukommen und die Benutzung der illegalen Baustrasse zu tolerieren, falls sich die LWL anschliessend zu einer Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes verpflichtete. An der Sitzung, an welcher auch der Wiler Gemeindepräsident Beat Rieder teilnahm, kam es jedoch zu keiner Einigung. Stattdessen schrieb die LWL die Erstellung einer das Grundstück Guldenfels umfahrenden Baustrasse aus. Dagegen sprach Guldenfels ein und forderte erneut die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes.

Die Gemeinde Wiler wies die Einsprache ab und erteilte die Bewilligung für die Baustrasse, obwohl die kantonale Baukommission sowie das kantonale Baudepartement vorgängig in ihren Baubewilligungen für die Gondelbahn klar verlangt hatten: *«Es dürfen keine neuen Zufahrtsstrassen zur Baustelle ausgeführt werden»*. Nun reichte Guldenfels beim Staatsrat Beschwerden gegen die negativen Entscheide der Gemeinde, der kantonalen Baukommission und des Baudepartementes ein.

Familie Guldenfels wurde zum zweiten Mal über den Tisch gezogen

Die Beschwerden an den Staatsrat zeigten Wirkung: Plötzlich war die LWL unter dem damaligen VR-Präsidenten Peter Heim zum Rückbau der illegalen Baustrasse bereit, falls Guldenfels seine Beschwerden zurückziehen würde. Die LWL schlug vor: *«Eine entsprechende genaue Regelung wäre in einer ausserhalb des Verfahrens zu treffenden schriftlichen Vereinbarung festzulegen»*. Die Ablehnung einer im Rahmen der Verhandlungen vorgeschlagenen Konventionalstrafe für den Fall, dass die Baustrasse nicht wie vereinbart rückgebaut wird, begründete die LWL dem von Guldenfels beauftragten Rechtsanwalt Peter Volken wie folgt: *«Es bestünde, falls es zu einer Einigung kommt, ein rechtsgültiger Vertrag, welchen Ihr Mandant, falls notwendig, auch über den Gerichtsweg durchsetzen kann. Die LWL AG ist ein verlässlicher Partner und wird ihren Verpflichtungen nachkommen»*. Die schliesslich ausgehandelte Vereinbarung wurde von beiden Parteien unterzeichnet und in einer Medienmitteilung wurde festgehalten: *«Der Einsprecher und die LWL haben sich aussergerichtlich geeinigt und die Bedingungen für die Benutzung und den Rückbau der bestehenden Baustrasse geregelt»*. Doch Guldenfels fühlte sich in falscher Sicherheit und musste in der Folge schmerzhaft zur Kenntnis nehmen, dass er zum zweiten Mal hintergangen worden war.

Im Jahre 2003 wurde die Gondelbahn Gandegg-Hockenhorngrat gebaut und das dafür benötigte Material gemäss Vereinbarung mit Lastwagen über die Baustrasse transportiert. Ende 2003 konnte die Gondelbahn in Betrieb genommen werden. Inzwischen hatte Franz Meier das LWL-Präsidium übernommen und auch der Wiler Gemeindepräsident Beat Rieder nahm im LWL-Verwaltungsrat Einsitz. Im Dezember 2003 erklärte Meier, dass die LWL für den Rückbau der Strasse ein Baugesuch bei der Gemeinde Wiler einreichen müsse, was Guldenfels bezweifelte, da es für die Beseitigung einer nie bewilligten Baustrasse kaum eine Bewilligung für deren Rückbau braucht.

In der Folge trat die Gemeinde Wiler unter Präsident Beat Rieder auf das Rückbaugesuch der LWL nicht ein und erklärte das betreffende Gebiet aufgrund eines Urversammlungsbeschlusses zur Planungszone, in der mittels Mehrwertverfahren eine Erschliessungsstrasse zu bauen sei. Für Guldenfels ist die Absicht dahinter klar: *«Damit soll die illegale Baustrasse als Erschliessungsstrasse nachträglich legalisiert und die rechtsgültige Rückbau-Vereinbarung ausgehebelt werden»*. Gegen die erste Variante der Erschliessungsstrasse, welche die Gemeinde Wiler im Januar 2005 auflegte und die auf dem Trassee der illegalen Baustrasse bis zur Sessellift-station ausserhalb der Bauzone vorgesehen war, sprach Guldenfels ein.

LWL verhängt einen Transportboykott gegen die Familie Guldenfels

Trotz dieser Absicht der Gemeinde Wiler, eine Erschliessungsstrasse zu erstellen, zeigte sich LWL-Präsident Franz Meier mindestens vordergründig nach wie vor bereit, der Vereinbarung nachzukommen. Im September 2004

Lauchernalp mit Station der Luftseilbahn: Die Hüttenreihe «Stafel» mit der illegalen Strasse befindet sich oberhalb der Ferienhausüberbauungen (siehe Pfeil).

Die Alphütte der Familie Guldenfels: Die illegale Baustrasse führt mitten durch ihr Grundstück (schwarze Linie), das dadurch an Wert deutlich verliert.

wurden sogar Rückbauarbeiten an der illegalen Baustrasse in Angriff genommen. Laut Guldenfels waren die wesentlichen Punkte der Vereinbarung jedoch zu keiner Zeit erfüllt. Als Meier zwei Monate später erklärte, der Rückbau sei abgeschlossen, war Guldenfels sehr erstaunt. Denn die Baustrasse war nach wie vor auf ihrer ganzen Länge inklusive Wendeplatz bei der Sesselbahn vorhanden und bestens mit Personenwagen und Lastwagen befahrbar. Nun behauptete Meier, die Rückbauarbeiten seien alle von einem Hüttenbesitzer zunichte gemacht worden, der Transporte für den Ausbau seiner Hütte ausgeführt habe. Die LWL habe ihre Pflicht erfüllt und könne jetzt nichts mehr machen.

Guldenfels widersprach dieser Behauptung, verwies in mehreren Schreiben an Meier auf die detailliert festgehaltenen Verpflichtungen der LWL in der Vereinbarung und verlangte deren Einhaltung. Darauf drehte Meier den Spiess um und behauptete, *«dass Sie uns in keiner Art und Weise die Chance geben, die Angelegenheit friedlich zu erledigen, was mich vermuten lässt, dass Sie kein Interesse an einer Einigung haben»*. Mit dem Ziel, Guldenfels in die Knie zu zwingen, griff die LWL nun zu einem weiteren Mittel. Meier verhängte im Auftrag des geschlossenen Verwaltungsrates einen totalen Transportboykott der LWL gegen die Familie Guldenfels. Zusätzlich verhängte Meier über die Familie Guldenfels eine Informationssperre. Gemäss Vereinbarung sei auch diesbezüglich *«das Stillschweigen zu wahren»*, hiess es. Nachdem mehrere Versuche von Guldenfels, die LWL zum Verzicht auf den Transportboykott zu bewegen, gescheitert waren, reichte dieser anfangs 2007 beim zuständigen Bundesamt für Verkehr (BAV) eine Beschwerde gegen die LWL ein. Mitte März 2007 verfügte das BAV unter Entzug der aufschiebenden Wirkung einer allfälligen Beschwerde: *«Die LWL AG ist verpflichtet, den Gesuchsteller und seine Familie im Rahmen ihres Transportangebotes mit ihren konzessionierten Seilbahnen zu transportieren»*.

Die drei Hüte des Beat Rieder: Gemeindepräsident, Verwaltungsrat und Anwalt

Als oberster Vertreter der Gemeinde Wiler hat Gemeindepräsident Beat Rieder gemäss kantonalem Baugesetz die Pflicht, gegen illegale Bauten baupolizeilich vorzugehen. Stattdessen tritt er im vorliegenden Fall als Anwalt der Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp (LWL) auf, deren Verwaltungsrat er obendrein ist, und setzt sich laut Guldenfels *«mit zweifelhaften Argumenten für die Fortdauer des Bestehens eines nie bewilligten und somit illegalen Zustands ein.»* In der Klageantwort zur Zivilklage von Guldenfels stellt Beat Rieder beispielsweise die zwei folgenden Behauptungen auf, welche von Guldenfels und dessen Anwalt Volken bestritten werden:

1. Behauptung Rieders: Bereits seit den 60er Jahren habe vor den Hütten des Stafels eine zwei bis drei Meter breite Zufahrtsstrasse durchgeführt. Bereits 1982 sei diese Strasse sowohl mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen als auch mit geländegängigen Personenwagen und mit schweren Transportfahrzeugen befahren worden.

Die Fotos vom Zustand des ursprünglichen Weges vor 1986 beweisen das Gegenteil *(siehe Foto S. 4)*. Im Jahre 1986 machte die LWL bzw. die beauftragte Bauunternehmung den bestehenden, schmalen Weg erst für Personen- und Lastwagen passierbar. Deshalb verpflichtete sich der beauftragte Bauunternehmer 1986 und die LWL 2003 zum Rückbau der Baustrasse auf den ursprünglichen Zustand vor 1986.

2. Behauptung Rieders: Nach Beendigung der Bauarbeiten im Jahre 1986 seien die Hüttenbesitzer gefragt worden, ob sie den Rückbau der Zufahrtsstrasse wünschen würden. *«Keiner der Eigentümer»* habe daraufhin den Rückbau der Zufahrtsstrasse verlangt. *«Es wurde mit allen Eigentümern eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach die LWL vom Rückbau entbunden wurde»*.

Rolf Guldenfels weist diese Behauptung vehement zurück: *«Ich wurde nie angefragt, ob ich einen Rückbau wünsche und ich habe auch nie eine solche Vereinbarung unterzeichnet»*. Zudem widerspricht Rieder mit dieser Behauptung seiner ersten Behauptung: *«Warum hätte denn von den Hütteneigentümern eine Rückbau-Vereinbarung unterzeichnet werden sollen, wenn die Zufahrtsstrasse – wie von Rieder behauptet – schon vorher bestanden hat?»*

Beat Rieder dreht den Spiess kurzerhand um

Anwalt Beat Rieder zielt in seiner Klageantwort auch persönlich auf den Kläger Rolf Guldenfels, welcher bekanntlich der LWL bzw. deren beauftragten Bauunternehmung zwei Mal vertrauensvoll entgegengekommen war und sich nun gezwungen sieht, die Vereinbarung und folglich seine Eigentumsrechte vor Gericht durchzusetzen. Doch das lässt Rieder kalt. Dieser dreht den Spiess einfach um und führt aus, Guldenfels gehe es nur darum, *«auf rechtsmissbräuchliche Art und Weise der Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp AG möglichst hohe Kosten zu verursachen»*. Weiter wirft Rieder Guldenfalls *«unerträgliches Verhalten»*, *«gezielte Provokation»* und *«Obstruktion der Bemühungen der LWL AG»* vor. Guldenfels habe der

LWL-Anwalt Beat Rieder: Guldenfels und sein Anwalt Volken bestreiten seine Behauptungen.

LWL eine Vereinbarung abgenötigt, *«welche teilweise unmögliche Inhalte aufweist»*. Und obwohl der widerrechtliche Zustand nach wie vor besteht, behauptet Rieder, die Vereinbarung sei *«soweit sie rechtlich und tatsächlich erfüllbar war, voll und ganz umgesetzt»*. Guldenfels habe keinen Versuch ausgelassen, *«die Umsetzung der Vereinbarung zu verzögern und zu sabotieren»*. Auf das Urteil des Bezirksgerichtes Westlich-Raron darf man gespannt sein.

August 2003: Die Baustrasse während dem Bau der Gondelbahn Gandegg-Hockenhorngrat.

Eigentumsrechte müssen auf dem gerichtlichen Weg durchgesetzt werden

Mit einem Schreiben suchten Guldenfels und sein Anwalt Peter Volken im Dezember 2005 noch einmal das Gespräch mit Gemeindepräsident und LWL-Verwaltungsrat Beat Rieder, um nach Möglichkeit einen Prozess zu vermeiden. Das Schreiben wurde jedoch durch Rieder nicht beantwortet. Stattdessen legte die Gemeinde Wiler eine angepasste Variante der Erschliessungsstrasse auf, mit welcher die illegale Baustrasse offensichtlich legalisiert werden soll. Schliesslich sah sich Guldenfels zur Durchsetzung seiner Eigentumsrechte gezwungen, eine Zivilklage gegen die LWL und deren Verwaltungsrat einzureichen. Darin halten Guldenfels und sein Anwalt fest, dass die widerrechtliche Baustrasse trotz klarer Vereinbarung nach wie vor bestehe und *«Tag und Nacht jahrein jahraus benutzt und befahren wird, wie alles rechtens wäre und nie ein Rückbauvertrag unterzeichnet worden wäre»*. Gemäss Obligationenrecht seien Verträge einzuhalten. Stattdessen habe die LWL den Vertrag *«bloss unterzeichnet, um ihre Bahn auf das Hockenhorn zügig realisieren zu können, ohne indessen je den Willen gehabt zu haben, diesen Vertrag einzuhalten»*. Mit der Zivilklage ans Bezirksgericht Westlich-Raron verlangt Guldenfels die Durchsetzung der Vereinbarung sowie Schadenersatz und Genugtuung für die Transportverweigerung.

Im bisher letzten Akt des Lötschentaler Theaters tritt der Gemeindepräsident und LWL-Verwaltungsrat Beat Rieder in seiner dritten Rolle auf, nämlich als Anwalt der LWL. In seiner Antwort auf die Zivilklage von Rolf Guldenfels zieht Rieder alle Register der Juristerei *(siehe Kasten S. 6)*. Die letzten Kapitel in dieser unglaublichen Geschichte sind also noch nicht geschrieben. Die *Rote Anneliese* bleibt dran.

Meier (kleines Foto) wirbt für die Überbauung «Alpine Village»: Menschlich, familienfreundlich, auto- und verkehrsfrei

Franz Meier wirbt mit Auto- und Verkehrsfreiheit!

Franz Meier ist nicht nur VR-Vizepräsident der LWL, sondern auch Immobilienhändler. Auf der Web-Seite seiner CASA GU wirbt er mit dem Spruch *«Vielleicht ein bisschen menschlicher»*, mit der *«weitgehend verkehrsfreien»* Lauchernalp und für den *«familienfreundlichen und autofreien»* Ferienpark *«Alpine Village»*.

Vor Kantonsgericht: Schlappe für Anwaltsbüro *«Rieder und Pfammatter»*

LWL-Anwalt Beat Rieder versucht in seiner Klageantwort vom letzten Mai zuhanden des Bezirksgerichtes Rolf Guldenfels als notorischen Querulanten zu brandmarken, der sich gegen alles mögliche wehre, *«was seinen Interessen angeblich zuwiderläuft»*. Rieder dürfte dabei wohl auf ein Baubewilligungsgesuch des südlichen Nachbarn von Guldenfels anspielen, an das er sich kaum gerne erinnern wird. Dabei war es um die Aufstockung eines bestehenden Gebäudes im Jahr 1995 gegangen, gegen die Guldenfels in seiner Einsprache bei der Gemeinde Wiler das Nichteinhalten der Bauvorschriften geltend gemacht hatte. Als Anwalt des Nachbarn trat Valentin Pfammatter, der Büropartner von Beat Rieder im Anwaltsbüro *«Rieder und Pfammatter»* auf. Die Gemeinde Wiler wies die Einsprache ab und erteilte die Baubewilligung. Eine diesbezügliche Beschwerde beim Staatsrat wies dieser ebenfalls ab. Dann reichte Guldenfels beim Kantonsgericht eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde ein und bekam im Jahre 1997 Recht. Die Beschwerde wurde gutgeheissen und die Baubewilligung aufgehoben.

Kantonsgericht gab Guldenfels Recht

Das Kantonsgericht kam zum Schluss, dass die Baubewilligung einer klaren Bestimmung des Gemeindebaurechts widersprach. Die Gemeinde Wiler hätte laut Kantonsgericht die Baubewilligung bereits auf die Einsprache von Guldenfels hin nicht erteilen dürfen. Die Baubewilligung basiere auf einem Dienstbarkeitsvertrag zwischen Nachbarn, um zwei Bauten bis auf die Grenze zu stellen, welche einzig durch eine Brandmauer getrennt seien. Damit sei eine geschlossene Bauweise gewollt, welche in dieser Zone nicht erlaubt sei. Es sei unzulässig, *«mit privatrechtlichem Dienstbarkeitsvertrag zwingende Bestimmungen des öffentlichen Baurechts zu umgehen»*. Zuvor hatte die Gemeinde Wiler zuhanden des Kantonsgerichtes schriftlich bestätigt, *«in ihrer bisherigen Praxis das Kriterium der offenen bzw. geschlossenen Bauweise in keinem Fall angewendet zu haben»*. Pikanterweise trägt die Bestätigung der Gemeinde Wiler neben der Unterschrift von Fernando Lehner, dem damaligen Gemeindepräsidenten und heutigen Verwaltungsrat der LWL, auch jene Beat Rieders …

Der Murgang des Münstiger Baches: Kritiker sind erbost über die anfängliche Untätigkeit der Behörden, welche mehrmals auf die Gefahr hingewiesen wurden.

Alternativer Standort für das Feuerwehrlokal zwischen Garage Nanzer und Restau rant Spycher: Gemeinde behauptet Lawinen- und Überschwemmungsgefahr!

Zugezogene und Kritiker gegen konservative Einheimische

Der politische Murgang spaltet die Bevölkerung

MÜNSTER – In einigen Gommer Gemeinden geht ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel vor sich. Der politische Murgang spaltet die Bevölkerung in zwei Gruppen mit unterschiedlichen, politischen Ansichten: Einerseits die progressiven Einheimischen und Zugezogenen, andererseits die konservativen Einheimischen. In Münster zum Beispiel stehen sich diese Gruppierungen im Verhältnis von eins zu zwei gegenüber. Noch bestimmen die Einheimischen mit Mehrheitsentscheidungen die Szene. Doch der politische Wechsel ist bloss eine Frage der Zeit.

(ktm) *«Trotz mehrfacher Hinweise vor dem Murgang hat die Gemeinde nichts unternommen»*, hält Siegfried Schwery gegenüber der RA erbost fest. Die Presse habe dazu *«ein völlig falsches Bild»* vermittelt. Schwery und seine Frau wohnen direkt neben dem Bach im Zentrum von Münster und wurden im vergangenen Sommer mehrmals durch das Rumpeln der Gesteinsbrocken im Bach aufgeschreckt. Bereits vier Wochen vor dem Murgang vom 21. August habe der Münstiger Bach soviel Material mitgeführt wie noch nie im Sommer. Zehn Tage vor dem Murgang hat Schwery den Münstiger Gletscher vom Gegenhang aus beobachtet: *«Alle anderen Bäche waren glasklar und nur aus dem Gletschertor kam eine unheimliche Brühe heraus.»* Auf dem Heimweg traf Schwery im vorderen Münstigertal auf den Gemeindearbeiter, welcher im Auftrag der Gemeinde abklärte, was mit dem Bach los war. Dazu Schwery: *«Wir waren uns einig, dass ein Spezialist losgeschickt werden sollte, um genau abzuklären, was mit dem Gletscher passiert. Der Gemeindearbeiter hat dies auch entsprechend weitergemeldet.»*

Mit seinen Warnungen war Schwery nicht allein. Mehrere Personen haben die Gemeinde auf die drohende Gefahr hingewiesen und Massnahmen verlangt. Die Verfärbung des Wassers wurde laut Augenzeugen noch im Rottenwasser bei Reckingen wahrgenommen. Es war offenbar riesiges Glück, dass der Murgang keine Menschenleben forderte, denn zur Zeit des Niedergangs hielt sich auf dem Rückhaltebecken eine Familie mit Kindern auf und im Dorf spielten Kinder in der Nähe des Baches.

Gemeindepräsident Hans Keller: *«Persönliche Abrechnungen»*

Gemeindepräsident Hans Keller weist die Kritik zurück: *«Der Gemeinderat hat die Hinweise ernst genommen und verschiedene Besichtigungen in der Woche vor dem Ereignis bis hinein ins Minschtigertal durchgeführt.»* Bereits am 14. August, also eine Woche vor dem Murgang, sei ein *«erster Kontaktversuch»* mit der kantonalen Dienststelle für Strassen- und Flussbau erfolgt. Zudem bezweifelt Keller, dass eine Schutzwache etwas bewirkt hätte, weil *«die Zeit für eine Alarmierung schlichtweg zu kurz gewesen wäre»*. Auch ein Spezialist hätte laut Charly Wuilloud, Sektionschef Naturgefahren, keine Anzeichen festgestellt und Entwarnung gegeben. Laut Keller ist die Verfärbung des Baches im Sommer *«fast normal»*. Keller hat den Eindruck, *«dass die groben und psychisch belastenden Anschuldigungen für eine persönliche Abrechnung mit dem Gemeinderat wegen anderer Umstände genützt werden»*.

Damit legt Keller den Fokus auf den politischen Graben in der Gemeinde Münster. Gemeint sind damit vor allem die zwei Urversammlungsbeschlüsse zum Driving Center und zum neuen Feuerwehrlokal. In beiden Fällen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der oppositionellen Minderheit von Einheimischen und Zugezogenen und den konservativen Einheimischen, welche ihre zahlenmässige Überlegenheit nutzte: Das Driving Center wurde mit 47 zu 29 Stimmen angenommen und auch beim Standort des neuen Feuerwehrlokals unterlagen die Kritiker mit 41 zu 20 Stimmen. Obwohl die Abstimmung zum Feuerwehrlokal bereits im Sommer 2007 stattfand, kreuzten die Kritiker und der Gemeinderat auch im vergangenen Sommer mit Flugblättern die Klingen.

Kontroverse um den Standort des neuen Feuerwehrlokals

Ein Bürger hatte Beschwerde gegen den geplanten Standort des Feuerwehrlokals zwischen Skilift und Dorf eingereicht und den Standort im unteren Dorfteil auf dem Parkplatz der Gemeinde zwischen dem Restaurant Spycher und der Garage Nanzer vorgeschlagen *(siehe Foto)*. Im Juli erhielten alle Einwohner von Münster-Geschinen ein Flugblatt des Beschwerdeführers, welcher darin festhält, dass er *«unter dem massiven Druck der Gemeindebehörden, der Feuerwehr und der gnädigen Unterstützung des Staatsrates kapituliert»* habe. Im Flugblatt rekapituliert er noch einmal seine Argumente. Der Standort beim Skilift störe das historisch gewachsene Dorfbild, raube dem Skilift den notwendigen Freiraum und verhindere eine unterirdische Einstellhalle an diesem Ort. Dagegen sei der alternative Standort bereits Eigentum der Gemeinde und spare beträchtliche Gebäude- und Folgekosten (Aushub, teilweise unterirdische Bauweise, neue Parkplätze für den Skilift, Versetzung der Skiliftgebäude).
Im August konterte der Gemeinderat, die Feuerwehrkommission und die Stützpunktfeuerwehr mit einem Flugblatt und listete die Vorteile des Standortes beim Skilift auf (Sicherheit, Zufahrt, Ortsbild, Platzverhältnisse). Als primärer Nachteil für den alternativen Standort beim Spycher wurde erstaunlicherweise die Überschwemmungs- und Lawinengefahr genannt. Darüber muss der Beschwerdeführer nur den Kopf schütteln. Zum ersten seien in diesem Gebiet in den letzten Jahren ein gutes Dutzend Wohngebäude bewilligt und gebaut worden, offenbar trotz Lawinengefahr. Und was die Überschwemmungsgefahr des Parkplatzes betrifft, hält er fest, dass die Verantwortlichen der Gemeinde und der Feuerwehr Gefahren sehen, *«wo nach menschlichem Ermessen keine sind. Die riesigen, vom Münstiger Gletscher ausgehenden Gefahren hingegen, die über Sein oder Nicht-Sein der Bevölkerung von Münster und seiner Gäste entscheiden, nahm man bis zum Murgang am 21. August auf die leichte Schulter»*.

Wissenschaftliche Studie bestätigt den Graben

Der gesellschaftliche Murgang in Münster und im übrigen Goms (z. B. Opposition gegen den Dorfkönig Franz-Josef Volken in Fiesch) ist voll im Gang. Diese Entwicklung wird durch eine Studie des Instituts für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) bestätigt. Die Studie zeigt einen deutlichen Graben zwischen Zugezogenen und Einheimischen. Die Zugezogenen fühlen sich im Goms wohler als die Einheimischen. Sie sind engagiert und haben höhere Ansprüche an das öffentliche Leben. Die Einheimischen rücken Privatsphäre, Tradition und Selbstbestimmung in den Vordergrund. Mit Mehrheitsentscheidungen durch die Familienclans sitzen sie noch am Ruder, aber eine Umkehrung der Vorzeichen ist nur eine Frage der Zeit. Dazu Gemeindepräsident Keller: *«Wenn bei jedem Ereignis die Schuld beim Gemeinderat gesucht wird, dürfte es schwierig sein, dass sich bei den kommendem Wahlen valable Kandidaten zur Verfügung stellen werden.»* Wenige Tage später kapitulierten vier der fünf Gemeinderäte. Sie stellen sich nicht mehr zur Wahl.

Lob für Thomas Burgener
Gommer Leitung muss in den Boden

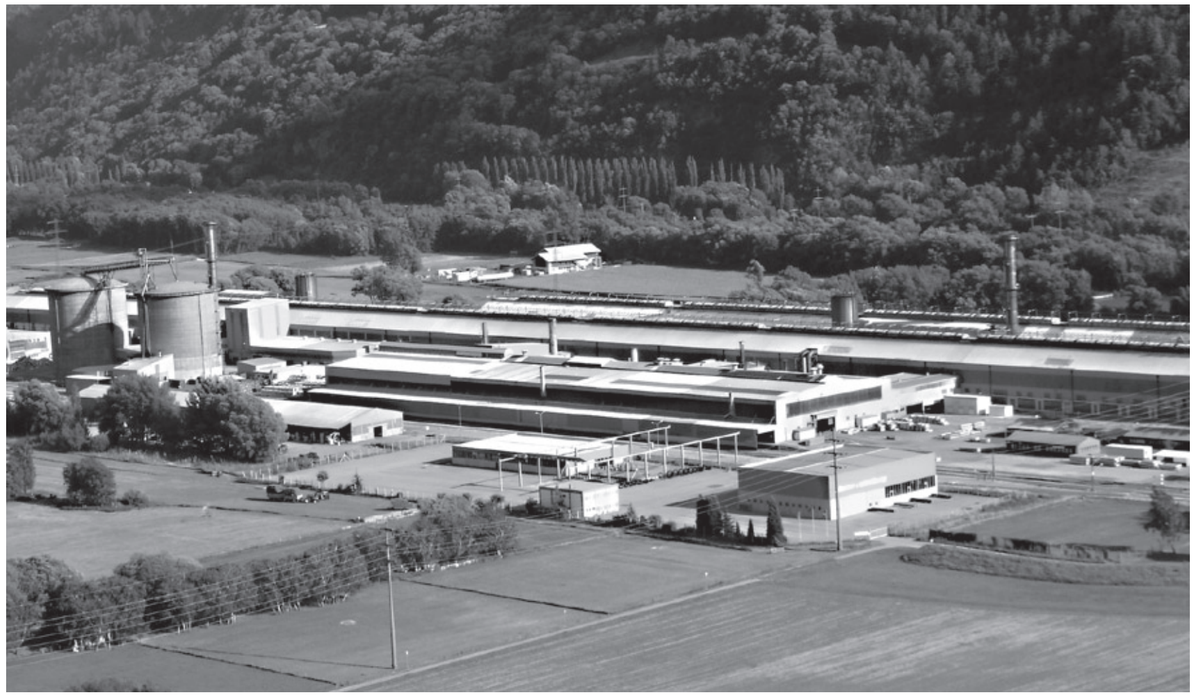
(ktm) Der Walliser Staatsrat hat im Plangenehmigungsverfahren zur neuen Gommer Hochspannungsleitung zuhanden des Eidgenössischen Starkstrominspektorates Stellung genommen. Der federführende Staatsrat Thomas Burgener verlangt zunächst eine saubere Abklärung der Machbarkeit einer Erdverkabelung mittels Gleichstrom. Dafür sei das Verfahren für die gesamte Hochspannungsleitung Chamosson-Mörel-Ulrichen zu suspendieren, damit keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Offenbar will der Staatsrat eine Salamitaktik der Stromwirtschaft verhindern. Wie aus der Stellungnahme hervorgeht, rechnet der Staatsrat fest mit einer Erdverlegung der Leitung durch das gesamte Wallis und geht auf eine Freileitung nur unter der Bedingung ein, wenn *«wider Erwarten eine Erdverlegung der Leitung zwischen Mörel und Ulrichen nicht möglich sein sollte.»* Diese Stellungnahme dürfte in den Führungsetagen der Strombranche keine Freude auslösen, insbesondere beim Westschweizer Konzern Energie Ouest-Suisse (EOS), wo der Oberwalliser Christian Brunner für den Stromtransport verantwortlich ist. Nachdem Brunner in der letzten RA herbe Kritik einstecken musste, zog er alle Register der Public Relation: Beim WB konnte sich der EOS-Manager postwendend auf zwei vollen Seiten ausweinen.

Staatsrat Thomas Burgener

Tadel für Jean-René Fournier
Besteuerung der Wasserkraft im Verzug

(ktm) Die Gewinne aus der Wasserkraft werden mehrheitlich in den Zentren des Mittellandes und der Westschweiz versteuert. Der Kanton Wallis verliert dadurch Dutzende von Millionen Franken pro Jahr. Die RA liess im Februar die Steuerausfälle für Mattmark-Kraftwerk vom Energieexperten Heini Glauser ausrechnen. Jährlich werden die Gemeinden des Saastals um drei Millionen Franken geprellt. Glauser und das Beratungsbüro Brugger, Hanser und Partner (BHP) lieferten dieselben Berechnung für die Gemeinde Bitsch bereits Ende 2007. Die Berechnungen und die Experten sind Staatsrat Jean-René Fournier bekannt. Trotzdem verzichtete das Finanzdepartement auf deren Wissen und beauftragte einen neuen Experten, der sich zuerst einarbeiten musste und der bekannt ist für seine Nähe zur Strombranche. Mittlerweile ist fast ein Jahr vergangen, ohne dass die Gemeinden etwas aus Sitten gehört haben. Bereits die Steuereinschätzung der Wasserkraftwerke für das Jahr 2006 hat das Finanzdepartement verlauert, so dass die Städte des Mittellandes und der Westschweiz die Steuern längst eingezogen haben. Rückforderungen durch das Wallis dürften nicht einfach sein. Und wenn das Tempo so weiter geht, wird dieselbe Übung auch für das Steuerjahr 2007 fällig.

Staatsrat Jean-René Fournier



Ehemalige Produktionshallen der Alusuisse in Steg: Der ideale Standort für eine Solarfabrik.

Staatsrat Jean-Michel Cina: «Die Walliser Wirtschaftsförderung wird unmittelbar den Kontakt zu diesen Firmen suchen»

Rote Anneliese: Ist es denkbar, dass eine Solarfabrik zur Produktion von Dünnschicht- Photovoltaikpanels in Steg angesiedelt wird?

Jean-Michel Cina: Der Staat Wallis ist sehr daran interessiert, dass der Produktionsstandort Steg in den nächsten Jahren revitalisiert wird. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sind wir natürlich für jeden Vorschlag aus dieser Branche offen.

Gab es bereits erste Kontakte mit der Firma Pramac oder mit Oerlicon Solar?

Nein. Die Walliser Wirtschaftsförderung wird aber unmittelbar den Kontakt zu diesen Firmen suchen und eine Interessensabklärung vornehmen.

Gäbe es Förderbeiträge des Kantons für die Ansiedlung einer solchen Solarfabrik?

Für die Ansiedlung einer Solarfabrik bestehen prinzipiell die gleichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Centre de Compétences Financières (CCF) wie für alle anderen interessierten, neuen und bereits bestehenden Firmen. Zudem gibt es weitere Ansätze, welche in diesem Zusammenhang geprüft werden könnten. Ich denke da an einen Stromrabatt, welcher abhängig vom Verbrauch ist. Oder sogar an eine Steuererleichterung, deren Ausmass allerdings vom Beitrag an der regionalen Wirtschaft, vom Innovationsgrad und von der Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze der in Frage kommenden Unternehmen abhängt.

Staatsrat Jean-Michel Cina: Bis jetzt noch keine Kontakte mit Solarfirmen, aber jetzt soll es los gehen.

Die Solarenergie boomt weltweit

Walliser Solaroffensive: jetzt!

WALLIS – Überall auf der Welt boomt die Solarindustrie. Solarprojekte schiessen wie Pilze aus dem Boden. Nur die Schweiz hat diese Entwicklung bis jetzt verschlafen. Mit einer Doppel-Strategie kann das Wallis in den nächsten Jahren die Solarenergie fördern und neue Arbeitsplätze schaffen. Mit einer Solarfabrik in Steg und einer staatlichen Plattform zur Unterstützung von Photovoltaikprojekten.

VON SUSANNE HUGO-LÖTSCHER

Steigender Ölpreis, Klimaschutzdiskussionen und Förderbeiträge steigern die Nachfrage nach erneuerbaren Energien. Einen regelrechten Boom verzeichnet die Solarenergie. Neu entwickelte Techniken und Maschinen der Firma Oerlicon Bührle Solar erlauben es, Dünnschicht Solarmodulpanels herzustellen, für die 200% weniger Rohstoffe gebraucht werden und bei denen die Produktionskosten 30% tiefer sind. Laut Experten wird der Solarstrom ab 2010 zu wettbewerbsfähigen Preisen eingespeist werden können. Im Tessin baut die Firma Pramac AG für 85 Millionen Euro die erste Schweizerische Solarfabrik, welche 150 Arbeitsplätze im High-Tech-Sektor schafft. *«Die hervorragende Infrastruktur und die aktive Unterstützung der regionalen Behörden haben uns die Entscheidung für Locarno als Produktionsstandort stark vereinfacht»*, sagt Firmenchef Campinoti. Ein Weiterausbau der Produktion ist bereits in Planung.

Walliser Wirtschaftsförderung steht in der Pflicht

Laut Walliser Wirtschaftsförderungstrategie positioniert sich das Wallis als attraktiver Wirtschaftsstandort für Investitionen und für die Schaffung von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Der Kanton fördere eine dynamische Energiepolitik, die den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung entspreche. Für diese hohen Ansprüche braucht es ein rasches Vorgehen. Denn wer zu spät kommt, hat das Nachsehen. In Sachen Energiepolitik und Wirtschaftsförderung müsste sich die Walliser Regierung für die Solarenergie als Ergänzung zur Wasserkraft engagieren. Insbesondere für die Ansiedlung einer Solarfabrik in Steg und für den Bau von möglichst vielen, dezentralen Photovoltaikanlagen. Sonnenpower aus den Bergen: ein Rezept mit Zukunft. Die Produktion von Panels vor Ort schafft wertvolle Arbeitsplätze und erübrigt weite Transportstrecken.

Wie Michael M. Schmidt, Head of Public Relations der Oerlicon Solar, auf Anfrage bestätigte, hätten sie die Kapazität um innert der nächsten ein bis zwei Jahre die nötigen Technologien für eine weitere Solarfabrik zu liefern. Der Standort einer solchen Fabrik spiele für sie als globales Unternehmen keine Rolle. Gespräche zwischen der Wirtschaftsförderung Wallis und der Firma Pramac oder der Firma Oerlicon Solar haben bis jetzt noch nicht stattgefunden. Auf Anfrage der RA bestätigte dies Staatsrat Jean-Michel Cina *(siehe Interview)*, und versicherte: *«Die Walliser Wirtschaftsförderung wird aber unmittelbar den Kontakt zu diesen Firmen suchen.»*

Seit Monaten sucht eine kantonale Arbeitsgruppe unter der Leitung der kantonalen Wirtschaftsförderung einen Ersatz für die stillgelegten Alcan Öfen und die dadurch verloren gegangenen Arbeitsplätze in Steg. Eine Solarfabrik könnte die Lösung sein. Pramac liess sich im Tessin vor allem auch wegen dem raschen Handeln der Regierung nieder. Wenn Staatsrat Cina und die kantonale Wirtschaftsförderung also wirklich den Standort Steg beleben wollen, so haben sie jetzt die Gelegenheit dazu. Sie müssten aber zusammen mit der Arbeitsgruppe rasch und überzeugt für die Ansiedlung einer Solarfabrik in Steg einstehen. Denn andere Kantone schlafen auch nicht mehr.

Photovoltaik und Wasserkraft ergänzen sich gut. Je mehr dezentrale Solaranlagen gebaut werden, desto weniger sind die WalliserInnen von steigenden Öl- und Strompreisen betroffen. Diskussionen über Standorte für nukleare Abfälle oder den Bau eines neuen AKWs fallen weg. Von Walliser Seite her gilt es schnell auf die boomende Solarbranche aufzuspringen, um sich so wertvolle Arbeitsplätze, möglichst viel von der kostendeckenden Einspeisevergütung und die grösstmögliche Unabhängigkeit vom Atomstrom zu sichern. Dazu braucht es eine Doppelstrategie des Kantons und eine gute Zusammenarbeit zwischen den Departementen.

Zusammenarbeit der Departemente in einer Plattform

Die Schweiz fördert im Bereich Photovoltaik vier bis fünf Megawatt pro Jahr. In Deutschland sind es im laufenden Jahr um die 1500 Megawatt, also 300-mal mehr. Im Wallis haben bis jetzt vor allem Private auf Photovoltaik gesetzt. Mit Solarfabriken und der aktiven Förderung von Solarprojekten kann das Wallis zur Nummer 1 der Schweizer Solarbranche werden. In kurzer Zeit sind bei swissgrid 4000 Photovoltaik-Projekteingaben (82% aller Gesuche) für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) eingegangen. Interessant wäre zu wissen, wie viele davon aus dem Wallis stammen. Dies konnte swissgrid nicht beantworten. Eins steht aber fest: Die Nachfrage nach Solarenergie wird durch die effizientere und günstigere Technik in den nächsten Jahren noch ansteigen.

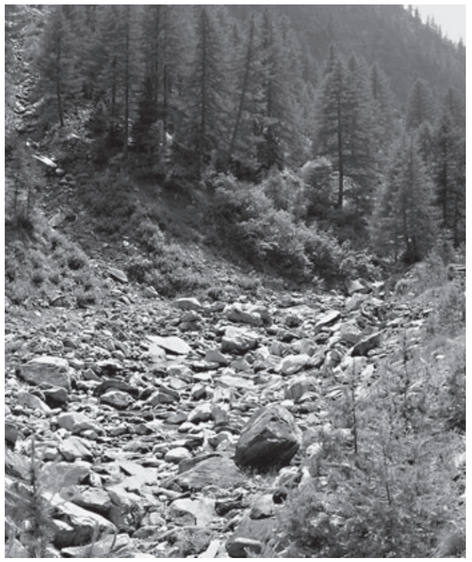
Um die Solarstrategie des Kantones umzusetzen, braucht es im Kanton eine neue Plattform, wo Wirtschaftsförderung und Energiedepartement eng zusammen arbeiten. Das Umwelt- und Baudepartement ergänzt diese Plattform mit Wissen über die Umwelt und umweltschonenden Techniken, das Finanzdepartement sorgt für das Geld und die nötige personelle Besetzung und das Erziehungsdepartement kümmert sich um die Forschung von Solarenergietechniken in den Walliser Hochschulen. Gemeinsam delegieren sie erfahrene Personen in ein Team mit jungen, innovativen, gut ausgebildeten Walliser Leuten. So kann eine Förderungsplattform für erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen werden, die mit ihrem Wissen und Können Investoren, Bauwillige und Einspeisewillige auf dem Weg in die Walliser Solaroffensive beraten und unterstützen.

Eine Standesinitiative des Grosser Rates Richtung Bern

Im November findet im Walliser Parlament eine Klimasession statt. Einen Klima-Beitrag kann das Parlament mit der Schaffung einer departementübergreifenden Plattform zur Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz leisten. Nur wenn die jahrelang angewendete Sparpolitik und der Personalstopp auf die Seite gelassen werden, verpasst das Wallis nicht den Anschluss an den boomenden Solarmarkt. Eine Standesinitiative aus dem Walliser Grossen Rat in Richtung Bern, kann mithelfen, den Kostendeckel für die Einspeisevergütung für erneuerbare Energien zu erhöhen.

Das Wallis profitiert durch die Erhöhung der Einspeisevergütung doppelt: als Wasserschlosskanton und als Solarkanton. Die über 4000 Gesuche und die Marktzahlen in der Solarbranche beweisen, dass die Schweiz inklusive dem Kanton Wallis das Potential der erneuerbaren Energien bis jetzt total unterschätzt hat. Hier gilt es aufzuholen. Doch zuwarten verträgt es nicht mehr. Weder auf Bundesebene, noch im Kanton. Die Solaroffensive brauchen wir jetzt!

Gerental und Gonerli bei Oberwald: Sollen diese beiden letzten frei fliessenden Bergbäche der grenzenlosen Stromverschwendung zum Opfer fallen?



Zwischbergental und Almagelleralp: Restwasser Null

Walibach, Gerenbach und Gonerlibach:

Die letzten frei fliessenden Gommer Bäche verschwinden in dunkeln Stollen

Mit Öko-Geldern frontal gegen die Natur!

GOMS – Mit einer Ökosteuer auf dem Strompreis von 0,6 Rappen pro Kilowatt wird es möglich, dass die letzten Gommer Bäche in dunklen Stollen verschwinden. Zum Beispiel der Walibach, der Gerenbach, der Gonerlibach, der Aeginabach und der Rotten unterhalb Gletsch. Jetzt machen die Umweltverbände mobil gegen diesen Kahlschlag gegen die Natur mit Öko-Geldern.

VON KURT MARTI

Der Walibach bei Biel/Grafschaft ist eines der letzten Fischlaichgewässer im Wallis. Das Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) will das Wasser des Walibaches turbinieren und damit rund 13 Millionen kWh Strom produzieren. Dabei profitiert das EWBN von der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Ingesamt werden 320 Millionen Franken verteilt. Hauptsächlich an Wasserkraftprojekte, welche auch ohne diese Subvention rentabel wären. Die Solarenergie muss sich mit 15 Millionen begnügen. Im Zuge der Strommarktöffnung konnten sich die Linken und Grünen nicht gegen die geballte Macht der Stromlobby durchsetzen, so dass heute die Strompreise massiv ansteigen und mit der Ökosteuer paradoxerweise die letzten frei fliessenden Bergbäche turbiniert werden.

WWF fordert ökologisch angemessene Restwassermengen

Wenn heute der Walibach im Sommer 800 Liter pro Sekunde (l/s) Wasser führt und im Winter 200 l/s, so werden es nach dem Bau nur noch 55 l/s Restwasser zuzüglich die Seitengewässer sein. Damit wird das Laichen der Fische akut gefährdet. Das geplante Wasserkraftwerk ist auch in einem naturschützerisch äusserst heiklen Gebiet: Nördlich der Wasserfassung liegt das Gebiet *«Berner Hochalpen und Aletsch-Bietschhorn»*, welches zu den *«Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung»* (BLN) gehört. Südlich des Wasserkraftwerkes liegt das Auengebiet *«Zeiterboden»* von nationaler Bedeutung. Daniel Heusser, Mitarbeiter des WWF Schweiz, beobachtet das Wasserkraftwerk Walibach mit Argusaugen: *«Die vorgesehene Restwassermenge von 55 l/s ist das absolute Minimum und muss unbedingt erhöht werden.»* Heusser verweist auf die Bestimmungen des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes. Mit dem Artikel 31 des Gewässerschutzgesetzes (GSchG), worauf sich die minimale Restwassermenge des EWBN bezieht, wird nur die Mindestrestwassermenge festgelegt. Doch diese Mindestrestwassermenge von 55 l/s erfüllt das verfassungsrechtliche Kriterium der angemessenen Restwassermenge im Fall des Walibaches bei weitem nicht.

EWBN will nur das absolute Minimum an Restwasser zugestehen

Gemäss Artikel 33 des Gesetzes müssen die Restwassermengen aufgrund einer Interessenabwägung erhöht werden, und zwar nach *«Bedeutung der Gewässer als Landschaftselement und als Lebensraum für die davon abhängige Tier- und Pflanzenwelt, samt deren Artenreichtum, namentlich auch für die Fischfauna, deren Ertragsreichtum und natürliche Fortpflanzung»*. Aufgrund dieser Bestimmungen fordert Heusser eine Erhöhung der Restwassermenge und verweist auf die nationalen Schutzgebiete im Norden (BLN-Gebiet Aletsch-Bietschhorn) und im Süden (Auengebiet Zeiterboden) sowie auf das wertvolle und einzigartige Fischlaichgewässer. Gemäss Wegleitungen des Bundes handelt es sich hier um beträchtliche Erhöhungen, welche sogar die Wirtschaftlichkeit des Projektes in Frage stellen können. Ausserdem fordert Heusser Restwassermengen, welche der Jahreszeit angepasst sind. Auch hier kann er sich auf das GSchG und die Wegleitung des Bundes stützen, welche besonders bei Fischlaichgewässern eine solche Regelung verlangen. Laut EWBN-Direktor Paul Fux respektiert das Walibach-Projekt die minimalen, gesetzlichen Bedingungen. Das EWBN will also mit Ökogeldern nur das absolute Minimum durchziehen, welches dem besonderen Wert des Walibaches keinesfalls gerecht wird. Laut Heusser wird der WWF unter diesen Bedingungen gegen das EWBN-Projekt einsprechen.

Walliser Staatsrat hat den Schutz des Gerentals unterschrieben

Eine harte Auseinandersetzung bahnt sich ebenfalls beim EnAlpin-Projekt *«Geren-Gonerli»* an. Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), hat *«grösste Vorbehalte gegen die Wasserkraftnutzung im Geren- und Gonerlital»*. Der Wasserkraftausbau dürfe nicht *«auf Kosten der letzten Naturtäler erfolgen»*. Laut Rodewald eignen sich die beiden Täler *«auch rechtlich»* nicht zur Stromproduktion und er verweist auf den Entscheid des kantonalen Baudepartementes vom 28. Juni 1991 zum Alpweg, welcher in Zusammenarbeit mit der SL saniert wurde: *«Das Gerental ist im jetzigen Zustand, soweit nicht wasserbauliche Arbeiten dies verlangen, zu belassen. Der Alpweg ins Gerental dient ausschliesslich der Alpnutzung und als Zugang für den Unterhalt des Gerenwassers.»* Damals hat die SL vorgeschlagen, dass das Gerental als Landschaftsschutzgebiet ausgeschieden wird und die Gemeinden Obergesteln und Oberwald analog zum Baltschiedertal in den Genuss von Abgeltungen für die Nichtnutzung der Wasserkraft kämen. Leider haben die beiden Gemeinden diese Idee nicht weiter verfolgt.

In einem Brief an Rodewald erklärt EnAlpin-Direktor René Dirren, die EnAlpin nehme sehr wohl Rücksicht auf die Landschaft und die Natur und halte alle gesetzlichen Vorgaben ein. Doch dann verweist er auf das Walliser Wasserkraftnutzungsgesetz, welches verlange, dass das Wasser *«möglichst effizient genutzt werde»*, was dem Schutzgedanken offensichtlich widerspricht.

Fiktiver Tausch mit Kohlestrom:

EWBN kassiert Öko-Gelder aus England!

(ktm) Das EWBN begründet seine 18 Wasserkraftprojekte mit der Steigerung der Eigenproduktion. Das ist auch bitter notwendig, wenn man die Tabelle zur Stromkennzeichnung betrachtet, welche alle EWBN-StromkundInnen zusammen mit der Stromrechnung erhalten. Laut dieser Tabelle stammen nur 23,7 Prozent des EWBN-Stroms aus Wasserkraft. Der Rest geht unter *«nicht überprüfbare Energieträger»*, welche in der Regel aus zugekauftem Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken stammen. Ein ganz anderes Bild gibt hingegen die Produktionsstatistik des EWBN, wo 46 Prozent der Produktion in eigenen Wasserkraftwerken erzeugt werden. Zudem stammen weitere 32 Prozent aus den Wasserkraftwerken der Forces Motrices Valaisannes (FMV). Dies ergibt ein Wasserkraftanteil von 78 Prozent und eine *«Differenz»* von rund 54,3 Prozent zum gelieferten Strom gemäss Stromkennzeichnung.

Kritik des Strommarkt-Experten am CO_2-Tausch

EWBN-Direktor Paul Fux versucht das Rätsel zu lösen: Für den *«Differenz»*-Strom hat das EWBN einen Vertrag mit der englischen Firma *«Ofgem»*, welche beim EWBN Wasserkraft-Zertifkate einkauft und diese in England weiterverkauft. Per Gesetz sind nämlich die englischen Stromlieferanten verpflichtet, einen stets steigenden Anteil an erneuerbarem Strom einzukaufen, damit England die Klimaziele erfüllen kann. Den ökologischen Mehrwert lässt sich das EWBN bezahlen. Einzige Bedingung der Engländer: Der Strom muss aus Wasserkraft stammen. Ein lukratives Geschäft für das EWBN, das nicht mit zusätzlichen Leistungen verbunden ist.

Auch wenn EWBN-Direktor Fux erklärt, das EWBN liefere physikalisch keinen Strom nach England und der EWBN-Wasserkraftstrom werde nach wie vor im Oberwallis konsumiert, stellen sich laut dem Strommarkt-Experten Heini Glauser ein paar brisante Fragen zu diesem Zertifikatshandel. Laut Glauser handelt es sich hier um *«einen fiktiven Stromtausch»* zwischen dem EWBN und den Stromversorgern in England. Durch diesen fiktiven Stromtausch wird nicht nur CO_2-freier EWBN-Strom gegen CO_2-belasteten Strom aus England eingetauscht, sondern auch die entsprechenden CO_2-Emissionen.

Der britische Strommix besteht zu 75 Prozent aus fossilem Strom (Kohle, Erdöl, Erdgas). Allein der Kohlestrom-Anteil beträgt 33% und der britische Strom ist durchschnittlich mit 432 Gramm CO_2 pro Kilowattstunde belastet. Dieser fiktive Stromtausch führt zu einer CO_2-Belastung des EWBN-Stroms mit rund 238 Gramm pro kWh. Durch die EWBN-Zertifikate reduziert sich folglich auch die CO_2-Menge in der britischen CO_2-Bilanz. Laut Glauser *«erhöht sich dadurch der CO_2-Ausstoss in der Schweizer Bilanz.»*

Teilchenforschungs-Zentrum in Genf (CERN)

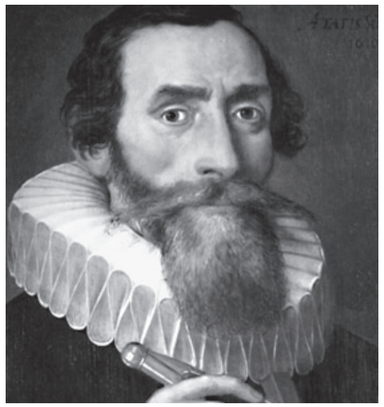
Auf den Spuren des Schwindlers Ptolomäus

VON KURT MARTI

100 Jahre nach Christus wurde Claudius Ptolomäus, der einflussreichste Astronom aller Zeiten geboren. Sein geozentrisches Weltbild beherrschte 1500 Jahre das abendländische Denken. Obwohl sich schon damals die Erde um die Sonne drehte, behauptete er das pure Gegenteil. Ptolomäus berechnete die Planetenbahnen für damalige Verhältnisse erstaunlich genau voraus, obwohl seine Theorie grundfalsch war. Dieses Kunststück gelang ihm, weil er seine Himmelsbeobachtungen mit komplizierten, mathematischen Basteleien ins gewünschte Korsett zwängte. Und passten die Beobachtungen und seine Theorie trotzdem nicht zusammen, fälschte und fingierte er kurzerhand die Daten.

Die mathematischen Basteleien und Datenfälschungen von Ptolomäus waren so perfekt, dass im 16. Jahrhundert selbst die korrekte, geozentrische Theorie von Nikolaus Kopernikus keine Chance hatte. Erst ein Jahrhundert später machte Johannes Kepler, welcher die Planeten auf Ellipsenbahnen kreisen liess, dem Fälscher Ptolomäus den Garaus. Mit Kepler brach die Epoche der Naturwissenschaften an, welche sich auf experimentelle Beobachtungen stützte und diese mit einfachen, mathematischen Formeln beschrieb. Die Erfolgsgeschichte dauerte bis Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Quanten- und Relativitätstheorie Furore machte.

Claudius Ptolomäus (100–175): Christlicher Astronom, Mogler und Fälscher



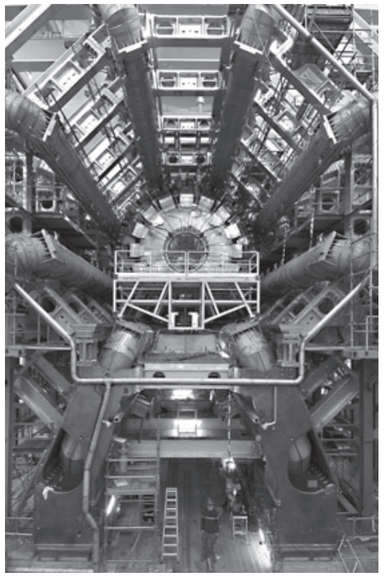
Johannes Kepler (1571–1630): Elipsenbahnen brachten das Ende der ptolomäischen Schwindlerei.

Nach dem zweiten Weltkrieg jedoch begann eine völlig neue Ära der Physik: Die Suche nach der einzigen Weltformel und dem einzigen Teilchen, aus welchem die Welt aufgebaut sein sollte. Ein Projekt mit metaphysischen Wurzeln bei Platon und den nachfolgenden christlichen Denkern. Die Wissenschaft machte sich auf die Suche nach der letzten Einheit, dem Unteilbaren, dem Vollkommenen, dem Ewigen oder anders ausgedrückt nach dem Göttlichen. Das Projekt endete mit einem Fiasko, das uns die Wissenschafter heute als grandiosen Erfolg verkaufen, gespickt mit Nobelpreisen.

Mit immer grösseren Teilchenbeschleunigern produzierten die Physiker nicht das gesuchte Einheitsteilchen, sondern immer mehr kleinste Teilchen. Statt einer schönen Weltformel liefern die Physiker Gebirge von hässlichen, mathematischen Theorien: Supersymmetrie, String, Multiversum. Sie haben eines gemeinsam: Sie gehören ins Reich der Metaphysik, weil sie sich nicht am Experiment erproben lassen. Der neuste Teilchenbeschleuniger (CERN) bei Genf hat die europäischen Staaten fünf Milliarden gekostet und verbraucht gleich viel Strom wie die Stadt Genf. Die Amerikaner waren schlauer: Bill Clinton stoppte den geplanten, amerikanischen Teilchenbeschleuniger Anfang der 90er Jahre, nachdem die Teilchenforscher unter Ronald Reagan vom *«Krieg der Sterne»* träumten. Heute treffen sich die damaligen Forscher allwöchentlich in einem Kaffee-Club und hängen ihren Träumen nach.

Doch in Genf sind die Atomgurus gewillt, die letzte Ehrenrunde zu drehen und das sogenannte Higgs-Teilchen zu finden, das mit einem Schlag den unüberblickbaren Teilchenzoo auf ein einziges Teilchen reduzieren soll. Wie Ptolomäus vor 2000 Jahren scheut man dafür keinen mathematischen Aufwand. Experiment und Theorie werden mit der Schraubzwinge zusammengeleimt. Zum letzten Mal jubelten die CERN-Forscher im Jahr 1983, als sie die drei Teilchen W+, W- und Z fanden, welche für die schwache Wechselwirkung verantwortlich sind. Gemessen wurden aber nicht die Teilchen selbst, sondern bloss die Spuren der Zerfallsprodukte. Die theoretische Grundlage lieferte das sogenannte Standard-Modell, laut welchem die Teilchen dummerweise keine Massen haben. Nun begann die ptolomäische Mogelei: Mit einem komplizierten, mathematischen Formalismus purzelten dann mit Ach und Krach plötzlich Teilchen mit Masse aus der Theorie heraus. Als die berechneten Massen peinlicherweise von den gemessenen Werten abwichen, bauten die Physiker in echt ptolomäischer Tradition weitere Balkone und Erker ans ohnehin überladene Theoriegebäude. Das Urteil der Wissenschafts-Historiker in hundert oder tausend Jahren wird vernichtend ausfallen.

Die CERN-Physiker erleiden in der Physik seit langem Schiffbruch. Der letzte Nobelpreis liegt ein Vierteljahrhundert zurück. Deshalb geben sie sich als Philosophen auf der Suche nach dem *«Ursprung und dem Wesen der Materie»*. Grossspurig versprechen sie der faszinierten und zahlenden Öffentlichkeit eine *«Revolution des Weltbildes»* aufgrund ihrer mathematischen Krebsgeschwüre und Mogeleien. Die wirklich revolutionäre Quanten- und Relativitätstheorie hingegen gerät langsam in Vergessenheit, noch ehe sie eine Wirkung auf das Weltbild der Leute entwickeln konnte.



Teilchenforschungszentrum CERN: Experiment und Theorie mit der Schraubzwinge zusammengeleimt.

WUSSTEN SIE SCHON, DASS…

… die Vorstösse von CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt in Bern noch etwas unpräzise daherkommen?

Roberto Schmidt

In der Fragestunde des Nationalrats wollte CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt vom Bundesrat wissen, ob es nicht an der Zeit wäre, den Landschaftsrappen an die Strompreisentwicklung anzupassen. Eine gute Frage, aber ein vorheriger Blick in die *«Verordnung über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung»* hätte nichts geschadet. Denn dort steht, dass die Einbussen aufgrund der *«entgangenen Wasserzinse»* ermittelt werden. Die Antwort des Bundesrates war deshalb kurz und bündig: Nur die Erhöhung der Wasserzinse bringt auch mehr Landschaftsrappen. Dazu hat aber im März 2006 Alt-SP-Nationalrat Jean-Noël Rey zusammen mit rund 50 ParlamentarierInnen bereits ein Postulat eingereicht. Die politisch und juristisch korrekte Frage in dieser Angelegenheit hätte also gelautet: Wie lange will der Bundesrat mit einer Gesetzesänderung zur Erhöhung der Wasserzinse noch warten und dem Wallis pro Jahr 50 bis 100 Millionen vorenthalten? Leider produziert das Trio Schmidt, Amherd und Imoberdorf in dieser Sache bisher nur Schwachstrom.

… der pechschwarze Alwin Steiner keine Mühe hat mit dem Göttibatzen des rot-grünen Zürich?

Alwin Steiner

Die Gemeinden Bratsch, Hohtenn und Unterems erhalten von der Stadt Zürich 80 000 Franken geschenkt für ihren Anteil an der Sanierung des OS-Schulhauses in Gampel. Im Tagesanzeiger vom 30. August 2008 jammert der pechschwarze Gemeindepräsident von Bratsch Alwin Steiner über den desolaten Zustand seines Dorfes: Es hat nur einen kleinen Dorfladen, keine Industrie und kein bedeutendes Gewerbe. Auch der Tourismus bringe kaum etwas. Seinen politischen Leistungsausweis fasst er wie folgt zusammen: *«Wir sind wahrlich nicht auf Rosen gebettet.»* Übrigens hat Steiner gar keine Probleme mit den *«Üsserschwizern»* und folglich auch keine Mühe, das Geld des rot-grünen Zürich entgegen zu nehmen, denn schliesslich hat er schon *«gemeinsam mit Zürchern Militärdienst geleistet»*.

BUCHBESPRECHNUNG:

Multimediafestival BergBuchBrig

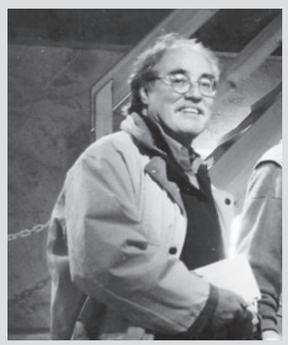
Bücher, Lesungen, Filme

Zum dritten Mal geht im Herbst vom 6. bis 9. November in Brig das viertägige Multimediafestival BergBuchBrig über die Bühne. Im Grünwaldsaal im Untergeschoss der Kantonsbibliothek kann in über 1200 Buch-Neuerscheinungen aus mehr als dreissig Ländern geblättert werden. Im Oberwalliser Kellertheater läuft gleichzeitg ein rund 40-stündiges Veranstaltungsprogramm mit Lesungen, Vorträgen, Gesprächen und Filmen. Wer sich für Natur, Kultur und Freizeit in den Bergen interessiert, kommt am Festival voll auf seine/ihre Rechnung.

Ein besonderer Akzent wird in diesem Jahr auf die Dialektliteratur gesetzt. 15 AutorInnen des *«Internationalen Dialektinstituts»* werden aus ihren Werken lesen, vorab in Dialekten aus Südtirol, Österreich, Deutschland und dem Elsass. Am Freitagabend werden mehrere Autoren aus dem benachbarten Piemont anwesend sein; BergBuchBrig arbeitet seit diesem Jahr eng mit dem Literaturfestival *«Letteraltura Lago Maggiore»* zusammen. Die Erläuterungen der italienischsprachigen Schriftsteller werden fortlaufend ins Deutsche übersetzt. Am Samstagabend stellen die bekannten Wanderbuchautoren Ursula Bauer und Jürg Frischknecht ihr neuestes Werk mit dem Titel «Auswanderungen» vor; sie pflegen genussvolle Wanderungen mit sozial-historischen Hintergrundinformationen zu ergänzen.

Im Filmprogramm ist für die Oberwalliser Bevölkerung vor allem Frank Garbely's Porträt von Cäsar Ritz von Interesse. Der Fernsehjournalist und ehemalige Redaktor der Roten Anneliese zeichnet ein faszinierendes Bild des Hotelkönigs und seiner Zeit.

Das Festivalprogramm im Detail: *www.bergbuchbrig.ch*



Frank Garbely zeigt seinen Film über Cäsar Ritz.

Hannes Wader:
Geschichte(n) von unten singen und erzählen

Hannes Wader ist einer der bekanntesten deutschen Liedermacher und ein Meister des Gitarrenspiels. Er schreibt mit seinen Liedern seit vierzig Jahren musikalische Zeitzeugnisse und persönliche Lebenserfahrungen. Man kann Wader zweifelsohne als einen wortgewaltigen Sänger, inspirierten Dichter, talentierten Komponisten beschreiben. Gleichzeitig ist er ein Utopist und Klassenkämpfer, Arbeiterkind und Autodidakt, ein Wandervogel, ehrlich und knorrig, sozialkritisch und sozialromantisch, antifaschistisch bis aufs Blut und antiautoritär bis auf die Knochen. In den 40 Jahren seines Schaffens hat er rund 30 Alben mit mehreren Hundert Liedern veröffentlicht.

VON HILAR EGGEL

Hannes Wader wurde am 23. Juni 1942 in Hoberge Uerentrop bei Bielefeld geboren. Während seiner Schulzeit interessierte er sich mehr für Cowboys und Indianer als für Gitarren. Erst als er in einem Bielefelder Schuhgeschäft als Dekorateur in die Lehre ging, begann er, sich für Musik zu interessieren. Nach Abschluss seiner Ausbildung arbeitete er als Dekorateur weiter, bis ihn sein Chef während der Arbeitszeit beim Musizieren erwischte und entliess. Er beschloss, ein Grafikstudium in Berlin anzufangen, das er aber bald wiederum abbrach, um in Kneipen und Clubs seine ersten Auftritte zu organisieren. In Berlin schrieb er auch sein erstes Lied *«Das Loch unterm Dach»*.

Überwachung durch den Verfassungsschutz

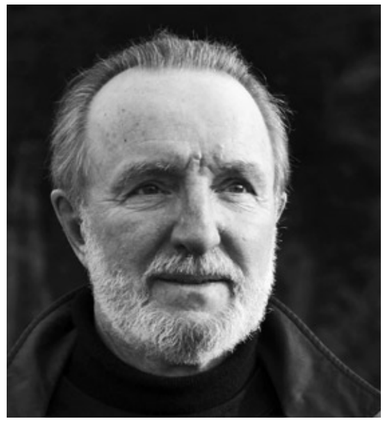
Ende der 60er Jahre kassierte Wader für seine Auftritte Spitzengagen. Er freundete sich mit Reinhard Mey an, veröffentlichte seine ersten Platten, verliess Berlin und mietete eine Wohnung in Hamburg. Während er per Anhalter durch ganz Europa unterwegs war, liess er übergangsweise eine junge Journalistin namens Hella Utesch in seiner Bude wohnen. Hella Utesch hiess in Wirklichkeit aber Gudrun Ensslin, die der Roten Armee Fraktion (RAF) angehörte. Im Herbst 1972 wurde Wader nach einem Tournee-Auftritt auf dem Parkplatz hinter der Konzerthalle in Essen verhaftet. Zwar wurde das erste Ermittlungsverfahren gegen ihn 1976 eingestellt (ein weiteres folgte), doch dazwischen lagen irre, wirre Jahre, in denen er immer wieder als Zeuge in RAF-Prozessen aussagen musste. Parallel dazu explodierten seine Plattenverkäufe, seine Auftritte waren gefragt wie nie; er verdiente bestens. Vom Verfassungsschutz überwacht, verhört und unter Druck gesetzt, hat er manches bittere Lied über das damalige politische und gesellschaftliche Klima geschrieben.

Ein politisch engagierter Sänger

1977 tratt Wader der Kommunistischen Partei (DKP) bei und wechselte zu einer der DKP nahe stehenden Plattenfirma, was die Medien prompt mit einem neuen Boykott quittierten. In den folgenden Jahren war er politisch sehr engagiert und blieb es auch weiterhin. Doch mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme engagierte er sich verhaltener und schlug leisere Töne an. 1991 trat er schliesslich aus der DKP aus. Seine sozialistische Überzeugung und Einstellung hat er aber nie aufgegeben.
Wader ist immer seinen eigenen Weg gegangen – und seine immer wieder neuen Aktivitäten wirken mitunter so, als habe er sich den Refrain seines bekanntesten Liedes zum Credo gemacht – die Erkenntnis nämlich, *«dass nichts bleibt, wie es war»*. Wader, der als Liedermacher immer wieder für eine Überraschung gut ist, lebt privat zurückgezogen und bescheiden. Er ist ein Querkopf geblieben – einer, der sich das Denken nicht abkaufen lässt, ein Skeptiker, der am Traum einer gerechteren, sozialistischen Gesellschaft festhält, ein Widerspenstiger, der sich vom Mainstream nicht zähmen lässt.

Sympathie für die kleinen Leute

Der inzwischen 66-Jährige hat viele künstlerische Gesichter – empfindsamer Poet und energischer Protestler gegen Krieg und Nationalismus, lyrischer Träumer und lebensfroher Taugenichts, hoffnungsloser Romantiker und hoffnungsvoller Rebell. Er lässt all dies in seinen Songs aufblitzen. In seinen Liedern schwingt die Sympathie für die kleinen Leute mit – für die Ohnmächtigen, die Objekte und nicht eigenverantwortliche Subjekte ihrer Geschichte sind. Er singt von den Erfahrungen hoffender und enttäuschter Menschen und steigert sich in eine Wut darüber, dass die *«grössten Halunken und Schweine»* wie der spanische Diktator Franco oder Chiles Augusto Pinochet, das Glück haben, steinalt zu werden. Wader singt und erzählt Geschichte(n) von unten. Vor allem in Stücken wie der 2004 verfassten *«Stellungnahme»* rechnet er mit den Neonazis ab, oder in *«Trotz Alledem»* mit der kapitalistischen Profitgier. Mit dem neueren Lied *«Familienerbe»* setzt er sich mit der eigenen Familiengeschichte auseinander, indem er einen Streifzug durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1878 bis 1946 in das Lied verpackt.



Hannes Wader wirkt in seinen Liedern authentisch, rot und rastlos, ehrlich und politisch engagiert.

Hannes Wader – eine Auswahl von CD's

- Hannes Wader singt (1969)
- Der Rattenfänger (1973)
- Hannes Wader singt Arbeitslieder (1977)
- Es ist an der Zeit (1980)
- Nicht nur ich allein (1983)
- Hannes Wader singt Volkslieder (1990)
- Auftritte (1998)
- Wünsche (2001)
- Mal angenommen (2006)

«Ich singe von der Hoffnung, Sand im Getriebe zu sein.»

Rote Anneliese: *Wie hältst Du als Künstler und Liedermacher das Spannungsverhältnis zur Politik aus?*

Hannes Wader: Ich bin kein Politiker und auch kein Mensch, der über den Kopf bis ins letzte Detail hinein wohlüberlegte politische Entscheidungen fällt. Ich bin eher ein Bauch-Mensch. Die Entscheidung zum Beispiel, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) beizutreten wie sie auch wieder zu verlassen, war aus dem Bauch heraus gefällt. Trotzdem sind die sozialistische Überzeugung und Einstellung geblieben. Ich glaube, auch in der Kunst geschieht vieles aus dem Bauch, der Intention heraus. Brecht sagte einmal: «Der Künstler soll Erfahrungen mitteilen.» Das versuche ich zu tun.

Fällt es Dir als Künstler leicht, über Deine Erfahrungen zu schreiben und sie in Melodien und Lieder zu fassen?

Ich gehe von meiner Situation aus. Wenn ich mich an den Tisch setzte, um einen Text oder ein Lied zu schreiben, bin ich gefordert. Für mich ist es anstrengend. Denn es ist bei weiten nicht so, dass ich die Lieder und Melodien gewissermassen aus den Ärmeln schütteln kann. Im Gegenteil: Es fällt mir schwer und die Texte fliessen nur mühsam in meine Feder. Ja, ich beneide Kollegen, denen das Liedermachen leicht fällt. Manchmal überliste ich mich selbst, indem ich mir ein Lied anhöre, das ich gerne selber geschrieben hätte. Dazu mache ich dann den Text. Es ist aber eine Illusion, zu glauben, dass man die Melodie nicht mehr schreiben müsste. Das ist Einbildung. Zum Text mache ich dann meistens auch noch die Melodie.

Wirst Du als politischer Sänger in den Medien überhaupt noch gespielt?

Es ist eine zwiespältige Angelegenheit. Einerseits muss ich leider feststellen, dass ich in der Medienlandschaft nur spärlich wahrgenommen werde. Ich werde nur selten gespielt. Dies trifft vor allem für das Fernsehen zu. Es gibt die Sendegefässe für meine Art von Liedern ja gar nicht mehr. Heute ist mehr denn je fast nur noch der Mainstream gefragt. Mein Genre knüpft an die mittelalterlichen Minnesänger an. Dies passt nicht ins Profil der Medienleute und es erfüllt auch nicht ihre Erwartungen. Andererseits stelle ich aber fest: Wenn ich auftrete und meine Lieder singe, sind die Konzertsäle voll besetzt. Im Frühjahr habe ich eine Tournee quer durch Deutschland gemacht – mit einem Abstecher in die Schweiz – überall waren die Säle zu meiner Zufriedenheit gut gefüllt oder gar ausverkauft. Also: Meine jahrzehntelange Arbeit scheint für einige Menschen eine gewisse Bedeutung zu haben und gerät auch nicht durch das Schweigen der Medien in Vergessenheit. Darüber freue ich mich natürlich sehr.

Kann ein Liedermacher auch seiner Zeit voraus sein?

Es wäre schön, wenn es so wäre, wenn es eine solche Grundstimmung geben würde. Bei mir stelle ich fest, dass ich beinahe alles zu spät mitkriege. Die Verzögerung gehört zu meiner Daseinsweise. Irgendwann habe ich dann versucht, meine Gangart an mein eigenes Tempo anzupassen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man, wenn man ausserhalb steht, plötzlich durch die Verzögerung ganz vorne sein kann. Durch die Unfähigkeit und die Verweigerung, das Tempo der anderen mitzuhalten, habe ich ihnen gewissermassen ein Schnippchen geschlagen und ihnen den Weg abgeschnitten. Plötzlich stehe ich vor denen. Plötzlich orientierten sie sich an mir. Plötzlich sagten sie: der drückt ja aus, was ich schon immer gesagt habe.

Das Lied «Trotz alledem» hast Du nun schon zum dritten Mal neu aufgenommen und vertextet? Lässt Dich das Lied nicht mehr los?

«Trotz alledem» ist eine Grundhaltung, die man einnehmen kann. Wenn alles den Bach runtergeht und alles aussichtslos erscheint, muss man sich trotzdem dagegen stemmen. Diese Haltung steckt in vielen von meinen Liedern, ich habe sie nie aufgegeben. Ja, ich singe von der Hoffnung, Sand im Getriebe zu sein oder von einem Sozialismus, der mit neuem Schwung daher kommen müsste. Man kann mit Liedern zwar nicht direkt etwas verändern, dazu sind sie nicht da. Aber ich kann mit den Liedern eine Haltung bekräftigen, unterstützen und begleiten. Das ist schon viel, sehr viel.

… und die Volkslieder?

Ein Aspekt ist, dass ich das Volkslied nicht einfach den Rechtsextremen überlassen will, die das Volk für dumm verkaufen und alles vernebeln. Ich mache Ihnen diesen Platz streitig. Gleichzeitig sind die Volkslieder meine literarischen und lyrischen Wurzeln. Ich hatte das Glück, in der Schule eine Lehrerin zu bekommen, die uns die Liebe zum Singen beigebracht hat. Wir hatten dort einen Singkreis und konnten uns auf diese Weise für Volkslieder begeistern. Zudem war auch meine Familie musikalisch. Wir haben viel gesungen. Mein Vater starb sehr früh. Ich wurde von starken Frauen erzogen: Mutter, Schwestern, Cousinen. Dies sind eigentlich meine Wurzeln. Dass die Volkslieder von Rechtsradikalen vernebelt werden, ist mir klar. Aber die Lieder sind älter als diese Idioten. Die Lieder sind beschädigt, aber sie haben einen unermesslichen Wert. Deshalb nehme ich immer wieder auch Volkslieder in mein aktuelles Programm auf.

Hannes Wader, herzlichen Dank für das Gespräch.

Interview: Hilar Eggel

AGENDA: Wohin frau/man geht…

SimplonForum

Die Vorträge finden jeweils um 18.00 Uhr im Restaurant Simplon in Naters statt.

info@simplonforum.ch

23. September 2008
Paul Rechsteiner: AHV Initiative für ein flexibles Rentenalter

28. Oktober 2008
Thomas Antonietti: Das Oberwallis – eine historische Konstruktion

25. November 2008
Tina Goethe: Agro-Treibstoff auf Kosten der Ernährungssouveränität

16. Dezember 2008
Matthias Leuenberger: Solar-Energie

20. Januar 2009
Peter Streckeisen: Materialistische Analyse der Gesellschaft – die Aktualität von Karl Marx

KELLER THEATER BRIG

Samstag, 20. September, 20.30 Uhr
Marc Sway / Soul

Samstag, 27. September, 20.30 Uhr
Regula Imboden und Hans-Peter Pfammatter / Gully-Marie

Freitag, 3. Oktober, 20.30 Uhr
Faltsch Wagoni / Herz in Fahrt

Freitag, 10. Oktober, 20.30 Uhr
Dada Ante Portas
The Therory of Everything

Freitag, 24. Oktober, 20.30 Uhr
Lenz / Nach Georg Büchner

Samstag, 15. November, 20.30 Uhr
Etnastara / Irisch-Keltische Lieder und Tänze

Sonntag, 16. November, 17.00 Uhr
Der Gänseprinz / Kindertheater

Freitag, 21. November, 20.30 Uhr
Grannysmith / Unplugged Tour

Samstag, 22. November, 20.30 Uhr
Die Katze auf dem heissen Blechdach
Theaterzyt Freiburg

Freitag / Samstag, 28. / 29. November, 20.30 Uhr
Stiller Has / Geischterbahn

Wandern mit der Alpen-Initiative

www.alpeninitiative.ch/d/Wanderungen.asp

Freitag 17. Oktober bis Sonntag 19. Oktober 2008 (3 Tage)
Drei sagenhafte Tage im Binntal
Tagsüber sind wir unterwegs im Binntal, abends kosten wir im altehrwürdigen Hotel Ofenhorn alte Rebsorten. Dazu erzählt Andreas Weissen Sagen und wilde Geschichten.

Einladung zum SPO-Kongress

Freitag, 19. September 2008, 19.00 Uhr
Restaurant Bellevue, Naters, Saal 1. Stock

Traktanden

1. **Begrüssung, Präsenz und Traktandenliste**
2. **AHV-Initiative für ein flexibles Rentenalter ab 62 für alle**
   - Ansprache von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz
   - Diskussion
   - Parolenfassung
3. **SPO-Positionspapier zur Energiepolitik**
   - Präsentation durch die Arbeitsgruppe Energie
   - Diskussion
   - Verabschiedung
4. **Parolenfassung zum Gesundheitsgesetz (Rauchverbot)**
   - Kleines Podiumsgespräch:
     Pro: Thomas Burgener, Staatsrat, Visp
     Contra: Jean-Louis Joris, Referendumskomitee, Visp
   - Diskussion
   - Parolenfassung
5. **Anträge**
   Anträge sind bis zum 15. September 08 per Mail an info@spoberwallis.ch oder an folgende Adresse einzureichen: SPO, Postfach 616, 3900 Brig
6. **Verschiedenes**
   Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind zu diesem Kongress im Vorfeld der wichtigen Gemeinderatswahlen herzlich eingeladen. Mit einem Grossaufmarsch können wir zeigen, dass die SPO wieder da ist und konkrete Politik macht.

Der Präsident: Beat Jost
Die Vizepräsidentin: Laura Kronig

Umwält-Agenda

www.umwelt-oberwallis.ch

Montag, 6. Oktober, 19.00 Uhr
Vortragssaal Kollegium Brig
Denken der Zukunft.
Wie sieht der Mensch die Welt?
Vortrag mit Prof. Dr. K. P. Hoffmann

Samstag / Sonntag, 11. / 12. Oktober
Genf und Umgebung
Wintergäste und Zugvögel
Zweitägige Exkursion

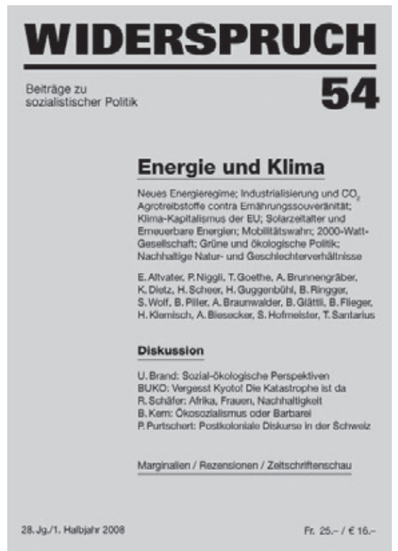
Samstag, 8. November
Einmalige, unvergessliche Gemsbrunft!
Exkursion mit Urs Zimmermann
(Tagespresse beachten)

Mittwoch, 12. November, 9.00 Uhr
Vortragssaal Kollegium
Wasser vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung:
Ressource und Gefahr zugleich
Vortrag von Dr. Rolf Weingartner

Freitag, 21. November, 20.00 Uhr
Relais Walker
Belauschte Natur - mit der Kamera unterwegs in der heimischen Natur
Diavortrag mit Stephan Zurschmitten

BergBuchBrig

Donnerstag, 6. bis Sonntag, 9. November
Internationale Buchausstellung


WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik
54

Energie und Klima

Neues Energieregime; Industrialisierung und CO_2
Agrotreibstoffe contra Ernährungssouveränität;
Klima-Kapitalismus der EU; Solarzeitalter und
Erneuerbare Energien; Mobilitätswahn; 2000-Watt-
Gesellschaft; Grüne und ökologische Politik;
Nachhaltige Natur- und Geschlechterverhältnisse

E. Altvater, P. Niggli, T. Goethe, A. Brunnengräber,
K. Dietz, H. Scheer, H. Guggenbühl, B. Ringger,
S. Wolf, B. Piller, A. Braunwalder, B. Glättli, B. Flieger,
H. Klemisch, A. Biesecker, S. Hofmeister, T. Santarius

Diskussion

U. Brand: Sozial-ökologische Perspektiven
BUKO: Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist da
R. Schäfer: Afrika, Frauen, Nachhaltigkeit
B. Kern: Ökosozialismus oder Barbarei
P. Purtschert: Postkoloniale Diskurse in der Schweiz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

28. Jg./1. Halbjahr 2008 Fr. 25.– / € 16.–

DICKE EIER:

VOV-Anlass in Brig: Mit Speck fängt man Mäuse

Die Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus (VOV) steht nicht im Ruf, eine besonders aktive Vereinigung zu sein. Seit der letzten OGA muss sie sich auch den Vorwurf des Etikettenschwindels gefallen lassen. Schon lange verkündeten VOV-Präsident Herbert Volken und sein VOV-Sekretär Pius Rieder mittels WB-Inserat den grandiosen Auftritt von Dr. Peter Vollmer, Direktor des Verbandes öffentlicher Verkehr und Seilbahnen Schweiz. Der Titel des Referates: *«Bergbahnen im Oberwallis. Illusion oder Realität»*. Der VOV zog den Interessierten den Speck durch den Mund, Vollmer werde zu den diversen Seilbahn-Projekten im Oberwallis sprechen. Vollmer hielt jedoch einen braven Vortrag über längst Bekanntes zur Seilbahnbranche im Allgemeinen. Ein lupenreiner Etikettenschwindel. Am Schluss lobte sogar Peter Bodenmann seinen Genossen: *«Ich kann alles unterschreiben, was du gesagt hast.»* Freilich liess es Bodenmann nicht mit dem Lob bewenden und fuhr nach den anfänglichen Schalmeien dem Genossen Vollmer an den Karren: Er habe in seinem Referat leider das wichtigste Thema vergessen, nämlich die Hotellerie!

Amherd und Ursprung: Die Zitäterin und der Sprücheklopfer

Mit grossen RednerInnen wird das Städtchen Brig-Glis seit Jahrzehnten wahrlich nicht verwöhnt. An der OGA-Eröffnung im Stockalper-Palast ergriffen die amtierende Stadtpräsidentin Viola Amherd und der zukünftige Stadtpräsident Louis Ursprung das Wort. Während Amherd wilde Zitate des Revolutionärs Voltaire und sogar von Platon und Aristoteles zum Besten gab, verliess sich Ursprung einmal mehr auf holprige Eigenkreationen, welche er alle fünf Minuten pädagogisch geschickt wiederholte. Die Zitäterin wetterte echt sozialistisch gegen die Neoliberalen und verlangte einen starken Staat, der Sprücheklopfer forderte in SVP-Manier Steuersenkungen und weniger Staat. Dumm nur, dass jetzt ausgerechnet OGA-Präsident Ursprung eine Defizitgarantie der Stadt Brig-Glis für die marode OGA erbetteln muss.

Zwangsspende für Marienbrunnen: Kombination mit einem Ablass

Der schöne Marienbrunnen in Einsiedeln ist am Bröckeln. Deshalb schlägt Walter Jaggy, Präfekt des Bezirkes Westlich Raron, vor, dass alle OberwallisserInnen drei Franken für die Renovation des Brunnens spenden. Weil es sich quasi um ein ökumenisches Projekt handelt, spielt die Religionszughörigkeit der edlen SpenderInnen keine Rolle. Hauptsache es kommen 200 000 Franken zusammen. Damit die edlen Zwangs-SpenderInnen auch alle etwas von ihrer Spende haben, schlägt die RA eine Verbindung mit dem 150. Geburtstag der Marienerscheinung von Lourdes vor. Wir verweisen auf ein entsprechendes Dekret der Apostolischen Pönitentiarie vom Mittwoch, den 5. Dezember 2007, womit Papst Benedikt XVI. einen vollkommenen Sünden-Ablass gewährt, wenn man und frau vom 8. Dezember 2007 bis am 8. Dezember 2008 mehrere Orte in Lourdes aufsucht. Am besten noch vor den Wahlen!

Opposition à la SVPO: Gratisparkieren und Gebührenschnur

Die SVP Naters verlangt in ihrem Positionspapier die Beibehaltung der Gratisparkstunde und die Abschaffung der Kartongebührenschnur. Mit diesem windelweichen Oppositionskurs zieht die SVP Naters in die Gemeinderatswahlen. Zum Glück gibt's noch das Thema AusländerInnen!

Walliser Bote: Auf RA-Spuren

Es gibt keine bessere Werbung für eine Zeitung, wenn ihre Themen von anderen Zeitungen aufgegriffen werden, fairerweise mit einem kleinen Hinweis auf die Quelle. Nachdem die RA in der Juni-Ausgabe eine *«Solar-Offensive»* gefordert hatte, zog der WB eine Woche später nach und forderte mit denselben Argumenten ebenfalls eine Offensive und nannte sie *«Masterplan»*. Selbst das gute Solar-Beispiel aus Ried-Mörel, welches in der RA ausführlich beschrieben wurde, wurde im WB erneut publiziert. Nachdem Ferdinand Mengis gegen die RA einen Inserate-Boykott verhängte, ist die RA dem WB für diese Schleichwerbung im redaktionellen Teil sehr dankbar und geht davon aus, dass der Quellenverweis *Rote Anneliese* irrtümlich vergessen ging. Dasselbe gilt auch für die WB-Kolumne von Josef Blatter zu den überrissenen WKB-Löhnen, welche sich auf die Recherchen der *Roten Anneliese* abstützte. Wenigstens steht dort der Quellenverweis auf eine *«linke Gazette»*.

Die kritische Oberwalliser Zeitung. Ein Abonnement der Roten Anneliese

- Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 50.– (Rechnung an mich)
- Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von Fr. 25.–

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

ZI-TÄTER:

«Wir müssen den Menschen wieder erklären, dass der Strom aus der Dose nicht einfach da ist, sondern dass er einmal hergestellt und dann auch über eine nationale Infrastruktur bis zu ihnen transportiert werden muss.»
Christian Brunner, Mitglied der Geschäftsleitung der Energie de l'Ouest-Suisse (EOS) im WB-Interview vom 17. Juli 2008

Rote Anneliese: *EOS-Mann Brunner versetzte sich dabei ins Jahr 2020, wenn sämtliche Hochspannungsleitungen in den Boden verlegt sind.*

«Dabei geht es den armeefeindlichen Medien schlicht um die Entfernung einer qualifizierten Armee-Führungsperson – und dies aus moralischen Gründen!»
Alois Grichting, WB-Kolumnist über Ex-Armee-Chef Roland Nef

Rote Anneliese: *Die Platzierung von Sex-Inseraten gehört nämlich zum moralischen Ausbildungsprogramm von Armee-Chefs und von Sittenwächtern.*

Brandgefährlicher 1. August-Redner in Randa

Zermatt Tourismus lief Sturm

RANDA/ZERMATT – Die Gemeinde Randa wagte am 1. August ein Spiel mit dem Feuer und lud als Redner den Umweltschützer Raimund Rodewald ein. Dagegen lief Zermatt Tourismus Sturm und verlangte einen anderen Redner oder zumindest einen politischen Maulkorb. Doch Randa liess sich von den Zermattern nicht bevormunden.

VON KURT MARTI

Die Gemeinde Randa lud Rai mund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung für Landschaftsschutz (SL), als 1. August-Redner ein. Das war zuviel für die Zermatter, denn Rodewald gilt dort wegen seiner Einsprachen gegen das Klein-Matterhorn-Projekt und die Rodungen der Rückfahrtspiste als rotes Tuch. Sofort erhielt die Gemeinde Randa eine Protestnote von Zermatt Tourismus, wo Christen Baumann als Vizepräsident waltet, seines Zeichens Direktor der Zermatt Bergbahnen AG und erbitterter Gegenspieler von Rodewald.

Im Nikolaital pfeifen es mittlerweile die Spatzen von den Dächern: Zermatt Tourimus wollte die Gemeinde Randa bevormunden und verlangte, der gefährliche Umweltschützer müsse zuerst gebrieft werden, das heisst er dürfe sich nicht zu Zermatter Bauprojekten äussern. Sollte er sich nicht an die Zensurvorgaben halten, müsse er einfach am Reden gehindert werden. Am besten würde man Rodewald ohnehin ausladen und durch einen genehmen Redner ersetzen. Der Gemeinderat von Randa liess sich allerdings von Zermatt nicht bevormunden und hielt an Rodewald fest.

Agathe Wirz-Julen: Sehr interessiert

Leo Jörger, Gemeindepräsident von Randa, bestätigt die Intervention der Zermatter: *«Bei Zermatt Tourismus ist man zuerst ein bisschen über unseren 1. August-Redner erschrocken. Kurdirektor Daniel Luggen hat sich bei uns gemeldet und wollte nur, dass sich Rodewald nicht zu konkreten Zermatter Bauprojekten äussert.»* Jörger glaubt, zuerst habe man bei Zermatt Tourismus gemeint, *«wir hätten Rodewald extra eingeladen, um in Zermatt Staub aufzuwirbeln».*

Daniel Luggen:
«Nicht ideal»

Raimund Rodewald:
Rotes Tuch

Das sei aber keineswegs der Fall gewesen. Rodewald habe eine sehr interessante Rede mit Diavorstellung gehalten, ohne sich über konkrete Zermatter Bauprojekte zu äussern. Gegenüber der RA erklärte Kurdirektor Daniel Luggen, die Einladung von Rodewald sei tatsächlich *«nicht ideal»* gewesen und dies habe man dem Gemeinderat von Randa auch mitgeteilt. Was übrigens Agathe Wirz-Julen, Verwaltungsrätin der *«Zermatt Bergbahnen»*, am 1. August nach ihrer Heimkehr aus Randa ihren Zermatter Eidgenossen meldete, ist uns leider nicht bekannt. Auf jeden Fall wurde sie als sehr interessierte Zuhörerin von Rodewald in Randa gesichtet.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • NR. 204 / September 2008
Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:

Ich habe immer daran geglaubt!